

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 1.00 RM. monatlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Freitag, den 22. Juni 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Tscheidse ladet zur allgemeinen Konferenz.

Einladung zur internationalen Sozialistenkonferenz.

Zusage der deutschen Sozialdemokratie.
Das Informationsbureau des Delegiertenrates in Stockholm hat an den Genossen Ebert folgendes Telegramm geschickt:

„Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates teilen wir mit, daß der Delegiertenrat in der Sitzung vom 2. Juni beschloß, die internationale sozialistische Konferenz nach Stockholm zwischen 28. Juni und 8. Juli einzuberufen.“

Tscheidse, Vorsitzender.
Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie hat dem Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg mitgeteilt, daß sie an der Konferenz teilnehmen werde.

Dauids Antwort an Thomas.

Stockholm, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Auf die Äußerungen des französischen Munitionsministers Albert Thomas im Stockholmer „Sozialdemokraten“ über das Memorandum der deutschen Delegation erwidert der deutsche Delegierte Dr. Eduard David folgendes:

Thomas' Äußerungen haben mich insofern angenehm berührt, als Thomas in seinen Erklärungen kein Randvererbis erblickt, sondern die Ueberzeugung gewonnen hat, daß er es mit der wahren Auffassung der deutschen Sozialdemokratie über Krieg und Frieden zu tun hat. Leider ist es ihm nicht gelungen, unsere Auffassung sachlich zu verstehen und zu würdigen. Seine sehr einseitig orientierte Denkweise steht ihm offenbar hindernis dabei im Wege.

Daraus erkläre ich mir seine Redensartung darüber, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht gegen die Anwendung gewisser Mittel und Methoden der Kriegführung durch die deutsche Heeresleitung protestiert. Das wäre ein sehr einseitiger Protest. Thomas scheint nichts von dem Verge Anlagematerial zu wissen, das gegen die Kriegführung der Ententestaaten von deutscher Seite aufgebracht worden ist. Dabei spielen auch die Behandlung der deutschen Gefangenen, die Tötung von Bewundeten sowie sonstige, durch keine militärische Notwendigkeit gebotene Brutalitäten der französischen Kriegführung eine hervorragende Rolle. Ich bin ganz bereit, ihm auf Wunsch reichhaltiges Material zu liefern in der Hoffnung, daß er nach Kenntnisnahme nicht nur die Einseitigkeit des Urteils korrigieren, sondern auch energisch auf Abhilfe bei der Regierung, der er angehört, hinwirken wird.

Thomas berührt weiter nicht, wie wir einerseits die uns entziffenen Kolonien zurückverlangen, andererseits aber den unter französisch-englischer Fremdherrschaft stehenden Ländern wie Ägypten, Marokko, Indien, Tibet usw. unsere Sympathie entgegenbringen können bei deren Bestrebungen, ihre verlorengegangene nationale Staatlichkeit wiederzugewinnen. Sollte es so schwer sein, die Unterscheidungslinie zu sehen, die unser Memorandum innehat? Wir erkennen das Recht der Selbstbestimmung für alle Völker „gehobener Kultur“, die Wiedererlangung oder Neuaufrichtung staatlicher Selbständigkeit erstreben. Im Unterschied von ihnen bezeichnen wir als Kolonien solche Gebiete, die von primitiven Eingeborenen bewohnt werden, denen Voraussetzungen und Wille zu nationaler Selbständigkeit fehlen. Dazu gehören Senegambien, Französisch-Kamerun, Dahomey, Britisch-Nigeria, die Kongogebiete usw. So wenig das Fehlen dieser Gebiete in der Aufzählung der Staaten, welchen wir nationales Selbstbestimmungsrecht zuerkennen, Widerspruch bedeutet, so wenig bedeutet Widerspruch, daß wir den Ententestaaten das Recht absprechen, Deutschland seine Kolonien wegzunehmen, um sie dem eigenen Kolonialbestand einzufügen.

Es ist im übrigen eine falsche Auslegung dessen, was wir über das Selbstbestimmungsrecht der Völker gehobener Kultur mit ehemaliger eigener Staatlichkeit sagen, wenn Thomas es so hinstellt, als wolle Deutschland sie von ihren seitlichen Beherrschern „losreißen“ und daß es „nicht länger dulden könne, daß sie unter der Gewalt der Feinde bleiben“. Wir sprechen den in Betracht kommenden Völkern unsere Sympathie aus bei ihren Bestrebungen zur Wiedererringung ihrer nationalen Freiheit. Von einem Eingreifen Deutschlands mit Mitteln der Gewalt ist nirgends die Rede. Es mutet mich sonderbar an, daß das von den Ententestaaten verkündete Prinzip der Rationalitätsbefreiung gerade da ausbricht, wo das Prinzip der Staaten anfängt. Was die Frage

Elßas-Lothringen

anlangt, so verzichte ich auf ethnographische Unterlagen zur historischen Rechtsfrage, da ich sehe, wie wenig die Hinweise im Memorandum auf die Auffassung Thomas' über das, was „recht“ sei,

Eindruck gemacht haben. Seine Hinweis auf die Stellung von Marx, Bebel und Liebknecht im Jahre 1870 können auf die deutsche Sozialdemokratie schon deshalb keinen Eindruck machen, weil die Genannten sich später bedingungslos auf den Boden des neu geschaffenen politischen Zustandes gestellt haben.

Unter Memorandum gibt die durch Parteitagbeschlüß von 1913 einstimmig bestätigte Auffassung der deutschen einschließlich der elßas-lothringischen Sozialdemokratie wieder. Es weist auch darauf hin, daß diese Regelung der elßas-lothringischen Frage im Sinne der innerpolitischen Autonomie im Rahmen des Reiches auch von der französischen Partei anerkannt wurde. Auf dieser Voraussetzung bewegten sich auch die Verständigungsverhandlungen zwischen den französischen und deutschen Parlamentariern in Bern und Basel; als ich Pfingsten 1914 von Thomas in Basel Abschied nahm, geschah es in der letzten Ueberzeugung, daß uns keine entgegengegesetzten Auffassungen in der elßas-lothringischen Frage trennten. Heute hat er die vor dem Kriege getroffene Vereinbarung verlassen. Ich weiß sehr wohl, daß er das damit begründet, daß Deutschland den Frieden gebrochen habe. Damit sei auch die elßas-lothringische Frage wieder aufge-rollt. Aber dieser Rechtsboden ist hohl.

Thomas ist allem Anschein nach zwar fest davon überzeugt, daß Deutschland den Krieg vom Jahr an gebrochen habe und über seine friedliebenden Nachbarn im Osten und Westen hergefallen sei, getrieben von imperialistischer Eroberungslust und dem Drange nach Weltbeherrschung. Er hält uns deutsche Sozialdemokraten, die wir meinen, mit gutem Recht unser Land zu verteidigen gegen eine Welt von Feinden und gegen imperialistische Eroberungspläne schlimmster Art, für arme „Betrogene“. Ich gestatte mir den Spieß umzudrehen und meine Ueberzeugung auszusprechen, daß die französische Sozialdemokratie mit ihrer Ueberfallslegende ein Opfer zarischer Diplomatie und der an sie geketteten eigenen Regierung geworden ist. Die Hauptschuldigen an diesem Krieg saßen in Petersburg. Hier war die „verbrecherische, über Bord zu werfende Regierung“. Sie ist glücklicherweise inzwischen auch über Bord geworfen worden. Die Mitschuldigen der zarischen Diplomatie sind freilich noch nicht bestraft. Noch haben in den westlichen Demokratien die imperialistischen Eroberungspolitiker das Heft in der Hand, und wie sie die Mitschuld am Kriegsausbruch tragen, so tragen sie die ebenso schwere Schuld an seiner Verlängerung.

Thomas fragt, welche Garantien eines dauernden Friedens in den innerpolitischen Verhältnissen Deutschlands gegeben seien! Wir haben in Deutschland allerdings eine wesentlich aus feudalen Schichten hervorgegangene Regierung. Aber so ohnmächtig in der Hand der imperialistisch-kapitalistischen Interessentenkreise, wie die Regierungen in den sogenannten Demokratien des Westens, befindet sich die leitende deutsche Bürokratie nicht. So sehr wir in Deutschland auf die Durchsetzung freiheitlicher innerpolitischer Zustände und zur Erringung einer wirklichen Demokratie hinstreben, wie ich hoffe, mit Erfolg hinstreben, so wenig teilen wir die Illusion, daß man solche wirkliche Demokratie in Frankreich, England und Amerika bereits hat. Was dort herrscht, ist eine Oligarchie kapitalistisch-imperialistischer Interessenten, die uns der Krieg noch deutlicher offenbart hat als sie im Frieden bereits sichtbar war. Diese Demokratie der kapitalistischen Bourgeoisie ist eine Demokratie des Scheins und der Phrase. In der Tatsache, daß die Arbeiterschaft und die sonstige beschlossene Masse des Volkes in jenen Ländern nicht mehr, sondern im Gegenteil weniger Einfluß auf die Diplomatie der Regierung ihres Landes hat wie die Arbeiterschaft in Deutschland, sehe ich das Haupthindernis, zu einem baldigen, die Lebensrechte aller Völker achtenden Frieden zu gelangen, einem Frieden, der sich aufbaut auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der dadurch die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Die englischen Frauen erst mit 30 Jahren wahlmündig.

London, 20. Juni. Das Unterhaus hat mit 291 gegen 25 Stimmen das Alter, das zur Ausübung des neuen Frauenstimmrechts berechtigt, auf 30 Jahre festgesetzt.

Aus London erfährt der „N. R. C.“, daß bei der Abstimmung im Unterhause über das Frauenwahlrecht 184 Liberale dafür und 12 dagegen, 141 Unionisten dafür und 45 dagegen, 29 Arbeiterführer und 33 Rationalisten dafür stimmten.

Der Fall Grimm.

Stockholm, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Grimm bestreitet, daß er aus Rußland ausgewiesen sei. Die russische Regierung habe ihm nur im Interesse seiner eigenen Sicherheit die Abreise nahegelegt. Die hiesigen Zimmerwälder, nämlich Jungsozialisten und Volkswelfen, sehen zwar den Grimm gemachten Vorwurf des Agententums für Deutschland als unbewiesen an, forberten ihn aber auf, bis zur Klärung die Leistung des Zimmerwalder Komitees niedergulegen, was Grimm auch getan hat.

Mietsteigerungen und Wohnungsumzüge.

Die Gefahr des 1. Oktober.

Die Berliner Grundbesitzer-Vereine haben getreu ihren Beschlüssen, den Mietern die Steigerung der Wohnungsmieten zugehen lassen. In gedruckten Zuschriften an die Mieter wird diesen in mehr oder minder rücksichtsloser Form mitgeteilt, daß infolge der steigenden Kosten der Hauswirt sich zu einer Mietsteigerung gezwungen sehe; wer bis zu einem bestimmten Termin, etwa bis 20. oder 24. Juni, sich mit der Steigerung der Miete nicht einverstanden erkläre, gelte zum 1. Oktober gekündigt. Mander Hauswirt will in hausagrarischem Ueber-eifer diese Steigerung, die 10, 15 bis 33 1/2 Proz. beträgt, so-gar auch dann am 1. Oktober eintreten lassen, wenn der Mietvertrag von April zu April läuft, was natürlich unstatthaft ist.

Bietet sich die passende Gelegenheit, daß der feld-graue Mieter zufällig auf Urlaub ist, so geht ihm prompt die Kündigung zu, womit ihm in den Freudenfeld des Wiedersehens mit seiner Familie ein herber Tropfen Wehmüt über die noch trostlosere Zukunft seiner wirtschaftlichen Existenz geschüttet wird. Doch Mietsteigerung und Kündigung ist in diesem Falle zulässig.

Steht der eigentliche Mieter im Felde, so schickt der Hauswirt die Kündigung der Ehefrau zu. Wenn sie Witmieterin ist, den Vertrag mitunterzeichnet hat, und wenn, wie in der Mehrzahl der Berliner Mietverträge, der Mietvertrag bestimmt, daß die an einen der Mieter gerichtete Kündigung oder eine Willensäußerung auch für den andern gilt, so hat auch diese an die Frau gerichtete Mietsteigerung Geltung bzw. auch die Kündigung ist rechtsverbindlich.

Ein in weiten Kreisen verbreiteter Rechtsirrtum — der selbst in amtlichen Stellen, ja sogar in juristischen Kreisen anzutreffen ist — ist es, wenn angenommen wird, eine Kriegerfrau könne nicht gekündigt werden. Nur wenn der Ehemann allein den Vertrag unterschrieben hat, ist die an die Ehefrau gerichtete Kündigung unwirksam. Sie muß dem Ehemann fristgerecht nach den im Vertrage vereinbarten Bedingungen zugesandt werden, auch wenn er sich im Felde befindet.

Die weitaus meisten Kündigungen sind also gültig. Viele gekündigte Kriegerfrauen aber glauben, besäßen in dem erwähnten Rechtsirrtum, daß ihnen nicht gekündigt werden könne, daß sie die Sache gar nichts angehe. Sie äußern sich deshalb auf das Kündigungs-schreiben gar nicht und glauben, ihnen könne nichts geschehen, sie könnten zur Räumung der Wohnung am 1. Oktober nicht gezwungen werden. Das ist leider nicht der Fall.

Exmissionsklagen auf Räumung der rechtmäßig gekündigten Wohnung werden in Massen kommen. Schadenersatzklagen der zuziehenden Mieter, die die von ihnen gemieteten Wohnungen nicht rechtzeitig beziehen können, werden folgen. Feststellungs-klagen, ob die Kündigung zu Recht erfolgt ist und die Kriegerfrau verpflichtet ist, die Wohnung zu räumen, sind jetzt schon im Gange, wenn die Kriegerfrau erklärte, nicht ausziehen zu wollen. Gerichte, Rechtsanwältinnen und Anwaltsbüros werden durch dieses Vorgehen der Hausbesitzer reichlich zu tun bekommen. Dem Feldgrauen erwachsen Prozeß- und Gerichts-kosten. Er, der jetzt schon nach dreijährigem Kriegsdienst seinen Bad Mietsschulden zu tragen hat, gerät nun noch mehr in Schulden. Seine Frau war wohl bemüht, unter großen Entbehrungen in seinem Interesse die Miete vollständig zu zahlen. Sie war aber beim besten Willen dazu nicht in der Lage. Der städtische Mietzuschuß ist zu klein und der Hauswirt tritt von der Gewährung des zuerst vielfach erheblichen Mietnachlasses zurück. Etwasige Zuwendungen des Arbeitgeber des Ehemannes bringen nicht die erhoffte materielle Erleichterung, da sie auf die Unterstützung zum Teil angerechnet und diese entsprechend gekürzt wird. Krankheiten der Frau und der Kinder haben vielfach die wirtschaftliche Misere erhöht, und einige Ortsarmenverbände wollen sogar von der immerhin fargen Unterstützung noch die Krankenkosten eintreiben. Dazu kommt nun die Steigerung der Miete von 3-5 RM. monatlich. Wird der Feldgraue nach längerer Militärdienstpflicht als Invalide entlassen oder auf einige Monate zur Arbeit beurlaubt, so findet er neben einer starken wirtschaftlichen Erschütterung seines Familienlebens auch eines Tages noch den Zahlungsbefehl bzw. die Klage des Hauswirts auf Zahlung der Restmiete vor. Die Bundesratsverordnung, wonach dem Beklagten in solchem Falle eventuell eine sechsmonatige Zahlungsfrist gewährt werden kann, bietet ihm sehr wenig Schutz, da es ihm unmöglich ist, in dieser kurzen Zeit eine solche Schuldlosig abzuzagen, zumal

Wesenshaftungen für Kleidung größere Summen seines Einkommens verschlingen.

Dazu kommt nun der Umzug am 1. Oktober, der bei den jetzigen fast ungläublichen Preisen für kleine Wohnungen nicht unter 60 M., meist 70 und 80 M. kostet, wenn er überhaupt möglich ist. Wir befürchten, daß in vielen Fällen bei dem Mangel von Leuten zur Bewerksichtigung des Umzuges und bei dem Mangel an Fuhrwerk und Pferden, viele Familien die rechtzeitige Räumung der Wohnung überhaupt nicht am 1. Oktober werden bewerkstelligen können. Wir fragen uns daher mit größter Besorgnis, was bei diesen zu erwartenden Massenumzügen am 1. Oktober geschehen soll.

Man stelle sich einmal zu allem anderen Unerfreulichem auch dies vor: Am 1. Oktober würden in Berlin einige tausend Wohnungseinrichtungen auf dem Straßendamms stehen, bewacht von ihren obdachlosen Besitzern, die den Vorübergehenden ihr Leid klagen. Wer möchte wohl die Verantwortung dafür übernehmen wollen?

Es ist dringend geboten, durch Bundesratsverordnung die Mietsteigerung zu verbieten und eine Kündigung nur mit Zustimmung der Mietvereinsämter zuzulassen.

Der Hinweis auf die steigenden Löhne ist nicht stichhaltig, da der Hauswirt während der ganzen Kriegszeit Renovierungen der Wohnungen überhaupt nicht vornehmen läßt. Seine Unterhaltungskosten für die Herstellung der Wohnung in einen bewohnbaren Zustand sind deshalb gleich Null. Im Interesse der ärmeren Bevölkerungsklasse ist deshalb ein sofortiges Eingreifen des Bundesrats ein Gebot der Notwendigkeit.

(Siehe dazu auch den Bericht über die gestrige Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung!)

Englische Erkundungsvorstöße bei Hooge — Französische Stellung bei Bourraillon gestürmt und gehalten — Gefechte in der Struma-Niederung.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 21. Juni 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern und im Artois war erst abends bei besserer Sicht der Artilleriekampf auf breiterer Front lebhaft; er hielt stellenweise auch nach Dunkelwerden an.

Nähe der Küste wurden durch nächtlichen Ueberfall eine Anzahl Engländer als Gefangene eingebracht.

Bei Hooge, östlich von Ypern, sind gestern und heute früh starke englische Erkundungsvorstöße abgewiesen worden; auch bei Vermelles und Loos schlugen Unternehmungen des Feindes fehl.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei Bourraillon, nordöstlich von Epiphan, führten gestern nach kurzer, harter Minenwerfer-Vorbereitung Kompagnien einiger aus Rheinländern, Hannoveranern und Braunschweigern bestehenden Regimenter die französische Stellung in 1500 Meter Breite. Der durch bewährte Sturmtruppen, Artillerie und Flieger gut unterstützte Einbruch in die feindliche Linie, erfolgte für den Gegner völlig überraschend; einzelne Stoßgruppen drangen durch die Annäherungsweg bis zu den Reserven vor und machten auch dort Gefangene. Die blutigen Verluste des Feindes sind schwer; über 180 Gefangene und 16 Maschinengewehre wurden zurückgebracht, einige Minenwerfer gesprengt.

In den gewonnenen Gräben sind tagsüber heftige Gegenangriffe der Franzosen abgewehrt worden.

Mit hartem Wirkungsfener bereitete der Feind nordöstlich des Gehäuses Hurtebise ein Unternehmen vor, dessen Durchführung in unserem Bereichungsfener unterblieb.

Auf dem westlichen Quippes-Rfer war abends die Feuer-tätigkeit sehr lebhaft.

In der Ostkampagne und am Westhang der Argonnen hielten unsere Stoßtruppen mehrere Gefangene aus den französischen Linien.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Wilhelm von Humboldt.

Ein Geist, der auf Universalität drang, ein Fieber verbindender Ideen, ein Bahnbrecher vergleichender Forschung, dem die Sprachwissenschaft Bedeutendes verdankt, das war Wilhelm von Humboldt, dessen 150. Geburtstag wir heute feiern. Er hatte die Luft des Klassikerkreises in Weimar und Jena in dem großfruchtbaren letzten Jahrzehnt des scheidenden Jahrhunderts eingeatmet, und das hieß ein Aufgehen in dem Ziel, Natur und Geist zu verbinden und in dem Tun aller Zeiten und Völker aufzusuchen, was als Menschheitsleistung fortzumerken berufen schien. Als ein vollendeter Träger deutschen Humanitätsideals hatte Humboldt als Jüngling aus den genialsten Wehen der großen französischen Revolution für sein geschichtliches Anschauen den Ertrag gewonnen, daß diese Umwälzung, wenn ihre Ideen zur Wirkung gelangten, auf die Nachbarstaaten ganz besonders fruchtbar einwirken werde. „Sie wird dadurch den Gang aller menschlichen Begebenheiten bewahren, in denen das Gute nie an der Stelle wirkt, wo es geschieht, sondern in großen Entfernungen der Räume oder der Zeiten, und in denen jene Stelle ihre wohlthätige Wirkung wieder von einer anderen gleich fernem empfängt.“

Das Humanitätsideal Humboldts war aber im Kern persönlichlichste Bildungsideal. Er hat gesagt: „Die Sätze, daß nichts auf Erden so wichtig ist als die höchste Kraft und vielseitigste Bildung des Individuums, und daß daher der wahren Moral erstes Gesetz ist: bilde dich selbst, und nur ihr zweites: wirke auf andere durch das, was du bist, — diese Maximen sind mir zu eigen, als daß ich mich je von ihnen trennen könnte.“ Das schrieb der Jüngling; dem Manne aber sollte die Zeit kommen, wo dieses zweite ihm größte Aufgaben stellte: in den Jahren der schwersten Not Deutschlands durch die napoleonische Herrschaft. Denn damals berief sein Heimatstaat Preußen ihn auf Steins Rat in das Ministerium zur Leitung des Unterrichts-wesens, und das schuf ihm Gelegenheit, in einem Werk wie der Gründung der Universität Berlin, die 1810 geschah, seinem idealsten Bildungswillen Wege zu suchen. In diesen Jahren hat sich gezeigt, daß sein junges Ziel, zwischen den beiden Polen Individuum und Menschheit geschichtlich unmittelbar wirksame Verbindungen und Verbindungen zu schauen, sich um einen Schritt abgeändert hatte. Der für die Entwicklung seines politischen Denkens und Handelns bedeutsam heißen muß. Denn gewichen ist jene Gleichgültigkeit gegen den Staat als Kulturfaktor, die den Ueberzeugungen der Rousseauzeit entsprach. In einer

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Luck, an der Flota Ripa, Karajowls und südlich des Danjebr war die russische Artillerie und entsprechend die unsere tätiger als in letzter Zeit. Streifabteilungen der Russen wurden an mehreren Stellen verjagt.

Mazedonische Front.

In der Struma-Niederung endeten Gefechte bulgarischer Posten mit englischen Kompagnien und Schwadronen mit Zurückgehen des Gegners.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 21. Juni 1917, abends.

Im Westen vormittags südwestlich von Sens, bei Bourraillon und südöstlich von Karajow lebhafteste Gefechts-tätigkeit.

Souff nichts Besonderes.

Der österreichische Bericht.

Wien, 21. Juni 1917. (W. T. B.) Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten der galizisch-molchnischen Front hat die feindliche Artillerietätigkeit bei Mitwirkung schwerer Kaliber sichtlich zugenommen. Auch die Flugtätigkeit war hier lebhafter.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hoßfläche der Sieben Gemeinden verlief der gestrige Tag ruhiger. Die Kämpfe in diesem Gebiet brachten uns seit dem 10. Juni 16 Offiziere, 650 Mann und 7 Maschinengewehre ein. Im Col Bricon-Gebiet erfolgreiche Handgranatenkämpfe. Sturmabteilungen haben im Vorfeld der Lagazuoli-Stellung die Besetzung eines Sprengtrichters durch den Feind verhindert.

Auf der Karsthoßfläche wurden kleiner feindliche Unternehmungen abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Stellenweise Bandenkämpfe.

Der Chef des Generalstabes.

Die deutsche Sozialdemokratie an den russischen Arbeiter- und Soldatenrat.

Bereits am 7. Juni beschloß die Stockholmer Delegation der deutschen Sozialdemokratie, folgendes Schreiben an das Exekutiv-Komitee des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg abzusenden:

Werte Genossen!

Die Delegation der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften Deutschlands zur internationalen Konferenz in Stockholm hat sich mit dem in den letzten Tagen veröffentlichten Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats beschäftigt, der die sozialdemokratischen Parteien aller Länder auffordert, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, die in der Zeit vom 28. Juni bis 8. Juli in Stockholm tagen soll. Der Aufruf ist uns im vollen Wortlaut noch nicht bekannt. Nach dem uns vorliegenden Text werden die Parteien und Vereinigungen der Arbeiterklasse aufgefordert, dem Arbeiter- und Soldatenrat mitzuteilen, ob sie an dieser Konferenz teilnehmen wollen. Wir erklären uns gern zur Teilnahme bereit, wie wir stets während des Krieges bereit waren, die internationalen Beziehungen mit allen sozialistischen Parteien wieder aufzunehmen.

Die Sozialdemokratie Deutschlands hat während des Krieges ihre Politik unabhängig und selbstständig bestimmt. Entscheidend waren für sie dabei die Interessen des arbeitenden Volkes. Aus den beigefügten Dokumenten ergibt sich, daß die deutsche Sozialdemokratie unangeführt und mit ganzer Kraft eingetreten ist für eine Bekämpfung des Proletariats aller Länder zur gemeinsamen Herbeiführung des Friedens. Alle imperialistischen Eroberungsabsichten sind von uns stets entschieden bekämpft worden. Diese Stellungnahme ermöglichte es uns, die russische Revolution leidenschaftlich zu begrüßen und uns durch den Beschluß unseres Parteiausschusses rückhaltlos auf den Boden der Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats zu stellen, der die Völker zu gemeinsamem Vorgehen zugunsten des Friedens

Jugendzeit über die „Grenzen der Wirksamkeit des Staates“ hatte Humboldt einst bezweifelnd abgewiesen, daß dem Staat eine Rolle weiten Umfangs für die Entwicklung seines inneren Lebens zugeordnet werden könne. Damit stimmte nicht mehr überein, was er jetzt in den Zeiten Steins, Scharnhorsts, Hardenbergs mit allem ausdauernden Ernst anstrebte.

Von darf freilich nicht einen gewaltmächtigen Staatsmann, dem die äußersten Mittel anwendbar scheinen, in ihm sehen wollen. Solche Möglichkeiten verschloß ihm die doch immer nur begrenzte Amtstellung, die ihm beschieden war, und sie hätten seiner Natur, die nichts von äußerem Zwang hielt, auch nicht gelegen, wenn sie sich geboten hätten. Was ihn bedeutend macht, ist etwas anderes: sein Einwirken in die Arbeit, die den Staat aus dem allen absolutistischen Regime hinüberführen wollte in einen Organismus, der nicht mehr nur eine bürokratisch von außen bewegte Maschine sein sollte, sondern ein Körper, dem das lebendig einströmende Blut des Volkes die Kraft und Art des Handelns mitbestimmt. Humboldt bleibt der Individualist, der er war, aber seit den Tagen der französischen Revolution ist es seine Ansicht, daß das Individuum ein aus dem Volke seines Landes geborenes Element ist, und sie leitet sein proaktiv-politisches Wollen. Er lehnt den bevorrechteten Adel ab, demirft die Kirche als Staatsvormund, tritt für die bürgerliche Gleichberechtigung ein, die auch durch religionskonfessionelle Gesichtspunkte nicht beschränkt werden und also auch den Juden nicht vorenthalten werden dürfe: die menschliche Mäßigkeit innerhalb der Staatsgemeinschaft wird ihm zum Ausgangspunkt für die staatsbürgerliche Rechtsstellung. Er ist keineswegs ein Revolutionär; man hat sogar die Frage, ob er als ein Liberaler gelten könne, nicht zu bezagen gewagt. Was ihn bezeichnet, ist sein Herauswachen aus dem Gefrigen, das sich als schwach und wohl erwiesene hatte, und das durch eine sorgsam tausendfältige Arbeit, die den einzelnen Staatsbürger bildend erreichte, überwunden werden mußte.

Mit dem Herauswachen der neuen Klasse des industriellen Proletariats kam die Einsicht, daß zwischen Individuum und Staat der Interessenkampf der Gesellschaftsklassen als geschichtsbildende Kraft wirkt. Humboldt hat nun den Anfang dieser Entwicklung erlebt: die Gegenwehr der bisher herrschenden junkerlichen Klasse, der noch keine andere Klasse starkentwidelt und kampforientiert sich entgegenstellen konnte. Die Volksbewegung von 1813, an die sich die höchsten Hoffnungen angeschlossen, war allzusehr gesunken. Nur Ideen, von einer dünnen Schicht bürgerlicher Intelligenz getragen, waren in Aktion, nicht mehr Klassen,

aufgefordert hat. Led vom Arbeiter- und Soldatenrat und der russischen Demokratie proklamierte Ziel: Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, ist auch unser Ziel. Der Wortlaut dieses Beschlusses unseres Parteiausschusses, den wir auch im Reichstage energisch vertreten haben, ergibt sich aus dem zweiten Teile des beigefügten Materials, Seite 34.

Das Klassenbewußte Proletariat Deutschlands, das von jeder die russischen Freiheitskämpfe mit der größten Bewunderung verfolgt und tatkräftig unterstützt hat, wünscht nach dem Siege der russischen Revolution auf das lebhafteste eine dauernde Befestigung der russischen Demokratie. Sein eigenes Interesse, seine Kämpfe um die freiheitliche Entwicklung Deutschlands machen ein freies, demokratisches Rußland als Nachbar dringend erwünscht. Ein auf Freiheit und Freundschaft beruhendes nachbarliches Verhältnis ist auch die sicherste Garantie für einen dauernden Frieden in Europa.

Unsere Bestrebungen sind auf rasche und gänzliche Beendigung des furchtbaren Völkergemeuchels gerichtet. Ebenso wie der Arbeiter- und Soldatenrat haben auch wir bei unserer Friedensarbeit nur den allgemeinen europäischen Frieden im Auge gehabt.

Zur Förderung dieser übereinstimmenden gemeinsamen Bestrebungen wäre eine direkte persönliche Beziehung zum Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg erwünscht. Für den Fall, daß der Arbeiter- und Soldatenrat den gleichen Wunsch hat, bitten wir um Übermittlung eines entsprechenden Beschlusses.

Eine Abschrift dieses Schreibens haben wir gerichtet an die Genossen Tschelise, Jezetelli, Skobeleff, ebenso an die Redaktionen der Parteiblätter „Kobotschaja Gaseta“ und „Kobwoja Schien“.

In Ihrem Auftrage hat ferner uns das holländisch-skandinavische Komitee gebeten, uns für die Verteilung von Pässen an die Genossen Primu und Christesco in Bukarest und Lapchevitich und Kagerowitsch in Belgrad zu verwenden. Wir werden selbstverständlich gern in dem von Ihnen gewünschten Sinne tätig sein.

Stockholm, den 7. Juni 1917.

Mit sozialistischen Grüßen

Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften in Stockholm.

(Folgen die Unterschriften.)

Stockholm, 21. Juni. (Svenska Telegramboran.) Die Abteilung für internationale Beziehungen des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats wird vom 22. Juni ab in Stockholm Berichte mit den authentischen Telegrammen des Rates in deutscher, französischer und englischer Sprache herausgeben.

Vorbereitung der französischen Denkschrift für Stockholm.

Paris, 20. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Der zur Beantwortung der Stockholmer Fragen ernannte Ausschuss der Sozialistenpartei wird heute zusammentreten. Ein Mitglied des Unterausschusses zur Prüfung der Friedensfrage hat dem „Reit Journal“ erklärt, wie diese behandelt werden soll. Die Sozialistenpartei macht sich die Formel der russischen Sozialisten zu eigen: „Keine Annexionen, keine Kriegsschädigungen, Selbstbestimmungsrecht der Völker.“ Sie sieht als Kriegsschädigungen nicht an die gerechte und materielle Wiedergutmachung der Verwüstungen des Krieges und ist der Ansicht, daß dies denjenigen aufzulegen sei, die die Verwüstungen angerichtet haben.

Das Elsass-Lothringen betrifft, so stimmt die Partei zu, trotz der wiederholten Kundgebungen, die ebenso viele Bestätigungen des Rechtes und des Willens der annektierten Gebiete sind, zu ihrer ursprünglichen Rationalität zurückzuführen, und um laut die Freiheit der Selbstbestimmung der Völker zu verkünden, der Welt ein erhabenes Beispiel zu geben, und um endgültig den Streit zu schlichten, der schwer auf dem Leben Europas gelastet hat, daß eine Befragung der Elsass-Lothringer stattfinden soll.

Für diesen letzten Absatz stimmten fünf Abgeordnete, fünf stimmten dagegen, die keine andere Lösung als die völlige und bedingungslose Rückkehr Elsass-Lothringens zu Frankreich und eine Befragung der Bevölkerung nur nach der Wiedervereinigung der beiden Provinzen mit ihrem Mutterlande zulassen wollten.

Ueber Polen wurde in Übereinstimmung mit dem Antrag der alliierten Sozialisten in London erklärt: Die polnische Frage

hatte ein nationales Ziel politisch auszunutzen reif waren. Humboldt hatte alles von der großen Bewegung erwartet; er war sogar, als der Krieg gegen Napoleon im Sommer 1813 am Erlöschen war, energisch für die Fortdauer des Kampfes eingetreten, die denn auch durch Oesterreichs Teilnahme gesichert wurde. Dann erlebte er auf dem Wiener Kongreß an Hardenbergs Seite die diplomatische Gegenarbeit gegen die Gefahr, daß durch eine allzu große Stärkung Preußens eine große, nach außen gesicherte norddeutsche Macht entstand. Das Gebrauh, das damals gelocht wurde, die Heilige Allianz, war Humboldt zuwider; er hatte Preußen vor allem aus der Gefolgschaft Rußlands lösen wollen, aber an dem Fortspinnen der alten politischen Machtverhältnisse — Preußen, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten und Oesterreich — verbanden alle neuen Ziele. Metternich drang durch, die Einigungsdece, die Humboldt im Auge hatte, litt Schiffbruch und der Jar blieb Preußens Vormund.

Daß Humboldt 1818 nach Berlin berufen wurde, um das Amt eines Ministers der Verfassungsarbeit zu übernehmen, war Sand in die Augen des preussischen Volkes. Denn schon waren im Geiste der Heiligen Allianz die Vorarbeiten geschehen, aus denen in eben jenem Jahre die berüchtigten Karlsbader Beschlüsse hervorgingen, die das schmachtvollste Mittelstystem gegen die Anhänger aller neuen politischen Ideen in Fluß brachten und zugleich die Verfassungsarbeit töteten. Der Dolchstoß des Vorkämpfers Sand, der einen Rohreue traf und gegen die juristisch geheiligte Reaktion gerichtet war, hat nur das Herinbrechen des Attentats auf die Hoffnungen des Volkes, die durch königliche Versprechungen gefördert worden waren, beschleunigt. Humboldt hatte sein Amt trotz der verdunkelten Lage übernommen. Er gehörte einer inneren Kolonialbewegung an. In einer „Denkschrift über Preußens ständische Verfassung“ entwickelte er seine Forderungen, die nicht abwichen von der Grundidee, den Staat durch allgemein ausgebaute bürgerliche Selbstverwaltung aus dem Volke empor aufzubauen. Er trat für „ein wirkliches Entscheidungsrecht“ der Landstände ein, das „auf alle eigentlichen und allgemeinen Gesetze, sowie auf jede Veränderung der allgemeinen Besteuerung auszuüben“ sei, und forderte die gesetzliche Sicherung der persönlichen Freiheit, der Gewissens- und Meinungs-freiheit.

Es ist nicht endgültig verhängt, daß Humboldt die Karlsbader Beschlüsse als „schändlich, unnational, ein denzendes Volk aufreizend“ bezeichnet habe; in seinem Gulachten aber ist gesagt, „daß, wenn erst die Regierungen überall in Deutschland, was von ihnen abhängt, getan haben werden, um . . . die Zufriedenheit

muss in Uebereinstimmung mit dem Willen des polnischen Volkes gelöst werden in dem Sinne der Autonomie oder völliger Unabhängigkeit und des Wunsches Wilsons nach einem unabhängigen autonomen Polen. Im nördlichen Schleswig, den italienischen Gebieten Oesterreichs, Litauen und Finnland soll die Bevölkerung über ihre Verfassung befragt werden.

Die Vertretung der Schweizer Sozialisten.

Stockholm, 19. Juni. Das holländisch-kanadische Komitee erhielt die Mitteilung, dass Abg. Karl Moser beauftragt worden ist, in seiner Eigenschaft als Mitglied des internationalen Sozialistenbureaus die sozialistische Partei der Schweiz zu vertreten.

Sonnino über die russische Friedensformel.

Die Eröffnung der italienischen Kammer wurde von Boselli mit einer schwungvollen Rede eingeleitet. Er behauptete, dass Italien in der Bewunderung der Völker als ein wesentlicher Faktor der Weltpolitik und Weltgeschichte gestiegen sei. Dann predigte er die Weisheit, dass „unserer Beschlüsse mehr denn je rasch, fest und einmütig sein müssen und unseren Bundesgenossen die kräftigste Unterstützung zuteil werden muss“.

Nach ihm sprach Sonnino, der den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg feierte. Zur Albanischen Frage erklärte er, dass sie eng verbunden sei mit derjenigen des Westens von Balona und mit der Frage der Adria, die eine Lebensfrage Italiens sei. Italien habe die Unabhängigkeit Albanien verkündet. Es habe keine anderen Ziele, als dieses Land gegen jede Einmischung einer dritten Macht zu verteidigen. Albanien werde im Innern sich des vollen Rechtes erfreuen, über sich selbst zu verfügen, und Italien werde seine berechtigten Interessen in den internationalen Versammlungen vertreten. Die Grenzen Albanien werden durch den Friedensvertrag bestimmt werden. Schließlich teilte noch Sonnino mit, dass Italiener jetzt gemeinsam mit den Engländern in Palästina operieren.

Anfangs des übermächtigen Friedenswillens des russischen Volkes sah sich Sonnino auch gezwungen, zu dem aktuellsten Tagesproblem einige Worte zu verlieren. Er sagte:

„Die russische Formel: „Weder Annexionen noch Kriegsentwürfe“, rein negativ wie sie ist, könnte leicht eine zweideutige Rechtfertigung der geschehenen Gewalttaten herbeiführen, wenn man sie von den Grundvorstellungen der Freiheit der Unabhängigkeit der Völker und den Sicherheiten trennt, welche für die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit unerlässlich sind. Wir wollen keine Eroberungen, wir haben keine imperialistischen Ziele, aber wenn der Friede dauerhaft sein soll, so ist es notwendig, dass wir an unseren nationalen Grenzen in Sicherheit sind. Die Einigkeit und Unabhängigkeit unserer Nation gemäß dem freien Volkswillen — das ist unser Programm.“

„Die russische Formel: „Weder Annexionen noch Kriegsentwürfe“ ist in der Tat für die italienischen Kriegsheer sehr negativ, denn sie schließt den Verzicht auf jene herrlichen Landstrichen ein, die die Grenzen des Königreichs über den Brenner mitten durch südslawisches Gebiet in einem großen Bogen um die nördliche Adria laufen lassen.“

Der konservative Fallstreik für Stauning.

Kopenhagen, 21. Juni. (Nikon-Meldung.) Die konservative Volkspartei des Reichstages hat dem Ministerpräsidenten Zahle mitgeteilt, die Partei habe ihren Vertreter im Kabinett, den Minister ohne Portefeuille Rottböll, aufgefordert, sein Entlassungsgeheiß einzureichen, da die Partei die Verantwortung dafür, im Kabinett vertreten zu sein, nicht übernehmen könne, solange der sozialdemokratische Minister Stauning Mitglied desselben sei.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Zahle hat an die konservative Partei des Reichstages ein Schreiben gerichtet, worin er ausführte, dass von der konservativen Partei gewünschte Schritt Stimme nicht mit dem Abkommen vom 16. September 1916 überein. Die Parteien wählten ihre Vertreter in der Regierung frei ohne Beeinflussung durch den Ministerpräsidenten. Im Ministerrat vom 18. Mai sei auf Veranlassung der Minister Christensen und Rottböll mitgeteilt worden, dass zwischen dem Außenminister und Stauning eine Verständigung erzielt worden sei.

unter allen Klassen zu erhöhen, der Geist kraftbarer Neuerungssucht und feindlichen Widerstandes von selbst verschwinden“ werde. Das war von seinem Range aus unter damaligen Verhältnissen deutlich genug. Aber die Regierungen dachten eben nicht daran, zu tun, was dem Volkswort noch von ihnen abhing, und die königlichen Versprechungen, die in Jahren der Bedrängnis dem Volk das Recht der Mitentscheidung zusicherten, flogen in den Wind. Als Humboldt, um seiner Sache zu helfen, zuletzt den Versuch wagte, den Einzelministern gegenüber dem leitenden Staatskanzler Selbstständigkeit zu verschaffen, trat der längst vorhandene Bruch mit Hardenberg offen hervor. Ohne selber um seinen Abschied eingekommen zu sein, wurde er am letzten Tage des Anheilsjahres 1819 entlassen. Und mit ihm lagen die gleichgerichteten Minister Bogen und Weyme auf der Strecke. Die Kamarilla, geführt von dem Polizeiminister Wittgenstein, triumphierte, und das Volk hatte den Lohn, der gezeichnet ist in einem Briefe des preussischen Prinzen Wilhelm, der nachmals die deutsche Kaiserkrone empfing; denn er schrieb am 31. März 1824: „Hätte die Nation 1813 gewußt, daß nach elf Jahren von einer damals zu erreichenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrigblieben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert, solchen Resultates halber?“ Das müßig opfernde, oder politisch unerfahrene Volk wußte freilich noch nicht, daß zu seinem Hoffen noch das andere gehörte, sich vor allem auf sich selbst zu verlassen, und das dritte, das Gewinnen in langwieriger Arbeit durch ein größeres Zusammenfassen seiner Kräfte vorzubereiten.

Es gehört zu den Merkmalen der Zeit, die nach den Karlsbader Beschlüssen kam, daß ein Mann wie Humboldt nicht wieder in den Staatsdienst, dem er achtzehn Jahre lang angehört hatte, zurückgeholt wurde. Seine Auffassung von der Pflicht eines Staatsmannes schloß eine neue Berufung aus. Er hat einmal diese Pflicht so bestimmt: „Erraten, was das Schicksal und der einfache Sinn, der es ahndet, will; dahingelangen auf der Spur des Rechtes und ihm nur den Weg zu bahnen, statt ihm überall Hindernisse zu setzen, das ist, was einen echten Staatsmann bezeichnen.“ Weil er den Weg hatte bahnen wollen, konnte er sich fortan in seinem Schlosse zu Tegeln einziehen. In schürfen der Gelehrtenarbeit und in reichem Briefwechsel von Person zu Person wirkend, lebte er noch anderthalb Jahrzehnte, fernab von den Staatsgeschäften, die fortan mit Polizeistiefeln besetzt wurden. Bis dreißig Jahre nach seinem Sturz eine Revolution die politischen Dinge wieder auf einen Weg zu zwingen unternahm, der von Hindernissen frei war. Franz Dieberich

In dem Ministerrat vom 16. Juni habe Stauning erklärt: 1. Daß er und seine Partei die bei der Ministerzusammenkunft in Stockholm abgegebene Erklärung, daß die nordischen Regierungen die Initiative zu Friedensbestrebungen nicht ergreifen könnten, vollaus billigen. 2. Daß seine Teilnahme an den sozialdemokratischen Parteierörterungen nicht im Widerspruch damit steht, weil hier nicht die Rede ist von einer Friedensermittlung, sondern nur davon, der sozialdemokratischen Meinung in den verschiedenen Ländern bezüglich der Friedensfrage Ausdruck zu geben. 3. Daß er in den von den Konservativen beanstandeten Auslassungen sich nicht über die äußere Politik ausgesprochen hat, und daß er bedauert, daß eine unrichtig wiedergegebene Redewendung in einer Unterredung den Eindruck hervorgerufen habe, daß er sich gegen eine einzelne Macht ausgesprochen habe. Dies sei durchaus nicht der Fall gewesen. Er habe nur den allgemeinen Anschauungen seiner Partei über den Einfluß des Kapitalismus als Ursache zum Kriege Ausdruck gegeben.

Ministerpräsident Zahle schließt sein Schreiben: „Ich betrachte mich hiernach als berechtigt, auszusprechen, daß die Teilnahme des Ministers Stauning an den Vorbereitungen und Erörterungen mit Parteigenossen vor der eventuellen Friedenskonferenz als von allen Seiten angenommen betrachtet werden müsse, daß man aber nach den geschehenen Auslassungen und dem Charakter der Verhältnisse das Recht hat anzunehmen, daß Minister Stauning nicht Teilnehmer an der Konferenz selbst sein werde, auf der Resolutionen und Beschlüsse gefaßt werden könnten, die zu unterzeichnen für einen Minister nicht wünschenswert sein würde.“

Der Fall Hoffmann-Grimm.

Deutsche Erklärung zu den Genfer Attentaten.

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ schreibt: Nach einem hier eingetroffenen amtlichen Bericht über die Ausschreitungen in Genf hat dort eine auf mehrere tausend Personen geschätzte Menge zunächst vor dem Hotel Beauvillage mit deutsch-feindlichen Rufen demonstriert und ist alsdann vor das Kaiserliche Generalkonsulat gezogen, wo sie dreieinhalb Stunden lang gelärmt hat. Mehrere Fenstergehäusen im Konsulatsgebäude wurden durch Steinwürfe zertrümmert. Das Wappenschild wurde herabgerissen, aber von einem Polizisten dem Täter wieder abgenommen. Der letztere ist verhaftet worden.

Der Kaiserliche Vertreter in Bern hat auf die ihm aus Genf gemachte Meldung über diese Ausschreitungen den Vorfall sofort bei dem politischen Departement zur Sprache gebracht. Ein amtlicher Bericht lag damals dort noch nicht vor. In der Annahme, daß der Vorfall sich der Meldung entsprechend zugetragen hat, hat das politische Departement sein Bedauern ausgesprochen. Weitere Schritte sind vorbehalten.

Die Entschuldigung der Genfer Regierung.

Basel, 21. Juni. Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet aus Genf: Der Staatsrat hatte am Mittwoch zwei außerordentliche Sitzungen abgehalten, in denen er sich mit den Ausschreitungen in Genf befaßte. Der Staatsrat beschloß einstimmig, den Generalkonsuln von Deutschland, Oesterreich-Ungarn und von der Türkei das Bedauern der schweizerischen Regierung über die Vorfälle auszusprechen. Schon am Morgen begab sich der Präsident des Staatsrates Kochale in Begleitung eines Staatsknechters zu den drei Konsuln, um die Entschuldigung der Regierung zu unterbreiten. Die drei Konsuln haben sich danach für befriedigt erklärt.

Genf, 21. Juni. (Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Das deutsche, das österreichisch-ungarische und das türkische Konsulat sind Tag und Nacht von der Polizei bewacht worden; am Mittwoch habe keine Kundgebung stattgefunden.

Politische Uebersicht.

Innere Reform und Frieden.

Genosse Scheidemann hat sich in seiner gestern von uns wiedergegebenen Unterredung mit russischen Journalisten sehr zutreffend über die Mängel der westlichen Demokratien ausgesprochen, und dasselbe hat auch David in seiner heute von uns wiedergegebenen Antwort an Albert Thomas getan. Beide haben damit nur gesagt, was für jeden Sozialisten eine Selbstverständlichkeit ist, daß nämlich die formale Demokratie allein den Massen noch keine wirkliche Freiheit gibt, daß Demokratie ohne Sozialismus eine leere Form bleibt. Sie haben zugleich die Uebertreibung, die in der Formel „Die Demokratie, die Autokratie!“ liegt, im Interesse der Völkerverständigung zurückgewiesen.

Die reaktionäre Presse gibt nun die Neußerung Scheidemanns wieder, um aus ihr zu folgern: Wenn Demokratie noch nicht mit Freiheit gleichbedeutend sei, dann sei jeder Fortschritt zu ihr überflüssig, die „Neuorientierung“ könne also getrost zurückgestellt werden.

Ein solches Verfahren entbehrt jeder Logik. Unsere Genossen haben in Stockholm alles getan, was man in Worten tun kann, um der schroffen Herausarbeitung des Gegensatzes „Autokratie — Demokratie“ entgegenzuwirken. In Berlin werden sie sich desto kräftiger dafür einsetzen, daß nun endlich einmal die Tat getan wird, durch die dieser gefährliche Gegensatz wirklich überwunden wird. Jeder Fortschritt Deutschlands auf dem Wege zur Demokratie bedeutet einen Schritt zum Frieden und eine Stärkung des deutschen Ansehens in der Welt.

Diese Ueberzeugung hat sich in neuerer Zeit auch in Kreisen, die der Sozialdemokratie fernstehen, Bahn gebrochen und bricht sich täglich stärker Bahn. Wir verzeichneten jüngst den bemerkenswerten Artikel Dernburgs im „Berl. Tagebl.“, der dann auch von der „Frankf. Ztg.“ und anderen bürgerlichen Blättern zustimmend kommentiert wurde. In gleichem Sinn äußert sich jüngst ein Deutschland sehr wohlgesinnter Ratgeber in der „Zürcher Post“, der dort gegen Wilson ausführte:

Herr Wilson kennt vielleicht doch den demokratischen Willen des neuen Deutschlands zu wenig und unterschätzt die Einwirkungen dieser langen Kriegszeit auf die politischen Anschauungen des deutschen Volkes. Deutschland kann solche Spekulationen auf seine inneren Zustände freilich nur dann erfolgreich durchkreuzen, wenn, rascher und entschlossener als bisher, die politische Verantwortung dem Volke die Freiheiten geben, auf die es sich reichlichen Anspruch erworben hat. Jögern in diesen inneren Reformen, etwa im Vertrauen auf einen durchgreifenden Sieg, müßte verhängnisvoll werden. Nur ein neues freies Deutschland kann in seiner äußeren Politik Erfolge haben, die über den Tag hinausreichen. Notwendig ist aber, daß diese innere Reform rasch, durchgreifend und ohne Partien erfolge.

Wenn unsere Genossen im Ausland übertreibenden Schilderungen unserer inneren Zustände entgegenwirken, und wenn sie daheim auf eine freiheitliche Reform dieser Zustände hin-

arbeiten, so sind das nur zwei Seiten ein und derselben Sache: die zweite aber ist die unendlich wichtigere! Es muß entschiedenster Einspruch dagegen erhoben werden, daß ihre Darlegungen durch fälschende Erläuterungen zum Schutze überlebter Claqueurinteressen mißbraucht werden.

Kommission zur Prüfung der Lieferungsverträge.

Die Lage der Textilarbeiter.

In der Kommission zur Prüfung der Kriegslieferungsverträge, die gestern weitertrat, wiesen verschiedene Mitglieder darauf hin, daß zu Beginn des Krieges nicht unerhebliche Missetände auf dem Gebiete des Bekleidungswezens bestanden hätten, insbesondere seien Preise bezahlt worden, die, auch bei Anerkennung aller Teuerungsverhältnisse, vielfach weit über das normale Maß hinausgegangen wären. Es wurde aber zugleich anerkannt, daß sich die Verhältnisse jetzt wesentlich gebessert hätten.

Von einem Mitgliede der Kommission wurde des Weiteren bemerkt, daß in manchen Betrieben der Textilindustrie die gezahlten Arbeitslöhne in keinem Verhältnis zu der bestehenden Teuerung und dem Gewinnen der Unternehmer ständen. Allseitig wurde anerkannt, daß, wo solche Missetände beständen, Wandel geschaffen werden müsse.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärte, das Kriegsministerium stehe auf dem Standpunkte, daß die Unternehmer unbedingt ausreichende Löhne zahlen müßten und daß einzuschreiten wäre, wo dies etwa nicht geschehe. Wenn die Unternehmer derartigen, an sie gestellten Forderungen nicht nachkämen, so würden ihnen die Aufträge der Heeresverwaltung entzogen werden. Den mitgeteilten Fällen werde das Kriegsministerium nachgehen.

Bundesratsarbeit. Gestern wurden in der Bundesratsitzung angenommen: Aenderung der Verordnung über den Verkehr mit Wasch- und Reinigungsmitteln; Einschränkung der Erzeugung von Elektrizität, Gas usw.; Ernteverordnung für die Ernte 1917.

Herabsetzung der Fleischration in Schlesien.

Nachdem am 28. Mai die Vorsitzenden der Provinzialfleischstellen den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batock telegraphisch auf die Gefahr der vermehrten Schlächtungen für die schlesische Milchviehwirtschaft hingewiesen haben, hat nun die Provinzialfleischstelle für Schlesien beschlossen, die Fleischration auf 400 Gram für alle schlesischen Städte zu ermäßigen.

Dazu spricht die „Deutsche Tageszeitung“ den Wunsch aus, daß die anderen Landesteile dem schlesischen Beispiel bald folgen mögen.

Wir möchten daran erinnern, daß die erhöhte Fleischration der städtischen Bevölkerung als Entschädigung für die herabgesetzte Brotration gewährt worden ist. Was gibt es nun für die herabgesetzte Fleischration?

Letzte Nachrichten.

Ein U-Boot beschleicht Benghasi.

Berlin, 21. Juni. (Amstich.) Am 30. Mai wurde von einem unserer Unterseeboote die italienische Fregatte Benghasi an der nordafrikanischen Küste mit 40 Granaten beschossen. In erster Linie wurden Hafenanlagen und die funktentelegraphische Station mit sichtbarstem Erfolg unter Feuer genommen. Noch längere Zeit nach der Beschädigung wurde ein starker Brand in der Stadt beobachtet. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Italien und die Bahnfrage.

Bern, 21. Juni. (Agenzia.) „Idea Nazionale“ meldet, daß die italienische Regierung den italienischen Sozialisten tatsächlich keine Pässe für Stockholm ausstellen werde, und zwar infolge des Abkommens zwischen den Alliierten, monach die italienische Regierung für die Reise nach Skandinavien nur Pässe bis Frankreich ausbändigen kann; Frankreich aber bewillige keine Pässe für Stockholm.

Die Schweizer Parteispaltung.

Bern, 21. Juni. (Schweizerische Depesch-Agentur.) Neun sozialistische Nationalräte erklären in der Presse folgende Erklärung: „Der Parteitag in Bern vom 10. Juni 1917 will uns die Pflicht auferlegen, die Landesverteidigung grundsätzlich abzulehnen und Militärkredite zu verwerfen. Wir sind und bleiben Sozialdemokraten, ebenso sind und bleiben wir Internationalisten, eine Verpflanzung aber, die unserer sozialdemokratischen Ueberzeugung widerspricht, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.“

Kosakenkongreß in Petersburg.

Petersburg, 21. Juni. Heute wurde der allgemeine Kongreß der Kosakentruppen des europäischen und asiatischen Russlands in Gegenwart von mehr als 400 Abgeordneten eröffnet. Die erste Rede hielt der frühere Minister Gutschkow.

Eisenbahnerstreik auf der Strecke Petersburg—Moskau.

Petersburg, 21. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute traten die Eisenbahner des ersten Abschnittes der Nikolajebahn, die Petersburg und Moskau verbindet, in den Ausstand, ohne die Ergebnisse der Arbeiten des Schlichtungsausschusses abzuwarten.

Die vorläufige Regierung veröffentlichte aus diesem Anlaß einen Aufruf an die Bevölkerung der Hauptstadt, in dem sie diese auffordert, im Hinblick auf die Möglichkeit einer Ausdehnung des Streikes ruhig zu bleiben, und die Hoffnung ausdrückt, daß die Streikbewegung durch den Widerstand der übrigen Eisenbahner, die den Streik mißbilligen, zum Stillstand kommen wird.

Bergarbeiterbewegung in Frankreich.

Bern, 21. Juni. „Progrès de Lyon“ meldet aus Paris: Der außerordentliche Nationalkongreß der Kohlenbergwerks-Arbeiter bestand aus seinen Forderungen betreffend die Unterdrückung der militärischen Kontrolle und ihre Ersetzung durch eine gemischte Kontrolle, die Unterdrückung aller Ausnahmemaßnahmen in den einzelnen Bergwerken, die Einführung von drei Achtundschichten und eine Lohnerhöhung von 50 Proz. in Anbetracht der Teuerung. In der Entschiedenheit erklären die Bergleute, daß sie sich für die hartgeprüfte Bevölkerung aufopfern, daß jedoch die Regierung infolge der Unfähigkeit die ungerade Lage bestehen lasse. Die Regierung allein sei für den Brennstoffmangel verantwortlich, infolge der Nichterfüllung der Forderungen der Bergleute.

Erdböhe in Süddeutschland.

Freiburg, 21. Juni. Wie aus Singen an der Koch und aus Badshut gemeldet wird, wurde heute nacht kurz nach ein Uhr dort gleichfalls ein Erdstöß unter donnerähnlichem Geräusch verspürt.

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Geschmacklose Traktatliteratur in Kriegsbetrieben.

In einigen Dresdner Betrieben, die für Rüstungszwecke arbeiten, werden Blätter verteilt, auf denen ein gutgenährter, faulenzender Arbeiter mit den Händen in den Hosentaschen dargestellt ist. Daneben steht der folgende Vers:

Fluch über den Mann, der jetzt müßig geht!
Fluch über die Frau, die jetzt ruht!
Denkt, die ihr absteigt vom Amboss steht,
Draußen fließt Blut!

Dieses Blatt ist eine Geschmacklosigkeit sondergleichen. Den Arbeiter, der heute unter dem Hitzedienst faulenzet, möchten wir sehen. Es ist dringend geboten, daß bei Maßnahmen für die Arbeiter durch die maßgebenden Kreise vorher die Meinung der besonnenen Vertreter der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen eingeholt wird und daß eine Propaganda eingestellt wird, die geeignet ist, die Arbeiter in der Rüstungsindustrie, die während des Krieges durchaus ihre Pflicht erfüllen, zu erregen und zu erhitzen.

Berlin und Umgegend.

Mit Tariffragen und Teuerungszulagen in der Album-, Rappen- und Galanteriebranche beschäftigte sich am Dienstag eine vom Buchbinderverband einberufene Versammlung seiner in der Branche beschäftigten Mitglieder. Der Tarif, der im Jahre 1911 zwischen dem Buchbinderverband und der Unternehmervereinigung für die Album-, Rappen- und Galanteriebetriebe geschlossen worden ist, ist vor einiger Zeit gelündigt worden. Die Kündigung erschien notwendig, weil eine Verschleppung der Verhandlungen über vorher gestellte Anträge auf Erhöhung der Teuerungszulagen drohte. Der Tarif läuft am 30. Juni ab. Es haben um Mitte Mai und Anfang Juni Sitzungen mit Vertretern der Vereinigung Berliner Lebensmittel- und Galanteriebetriebe stattgefunden, zu denen die Fabrikanten auch die Vertreter des Sattler- und Portefeulienverbandes hinzugezogen hatten. Klar berichtete über diese Verhandlungen. Danach erklärten die Vertreter des Buchbinderverbandes, daß sie Wert darauf legten, nicht gemeinsam mit dem Sattler- und Portefeulienverband für alle fünf Gruppen der Branche zu verhandeln, sondern daß sie sich beschränken möchten auf Verhandlungen für die Gruppe 5 des Fabrikantenverbandes, welche die Album-, Rappen- und Galanteriebranche umfaßt. Denn nur für diese Gruppe gelte der gekündigte Tarif, dessen Forderung neben der Neuregelung der Teuerungszulagen von der Branchenleitung des Buchbinderverbandes im Auftrage der beteiligten Mitglieder erstrebt wird. Folgende Forderungen der Album-, Rappen- und Galanteriearbeiter unterbreitete die Branchenleitung des Unternehmerverbandes für die Verlängerung des am 30. Juni 1911 abgeschlossenen Tarifs auf ein weiteres Jahr und zur Ausgestaltung der Teuerungszulagen:

Die im Tarif festgelegten Minimallohne sind um 50 Proz. für die Dauer der Verlängerung des Tarifs zu erhöhen. Die Affordolöhne sollen auch entsprechend erhöht werden. — Als Teuerungszulage soll außerdem ab 1. Juli auf alle tariflichen Minimallohne der in Teillohn Beschäftigten eine Zulage von 50 Pf. für die Stunde für Arbeiter und eine solche von 30 Pf. für die

Stunde für Arbeiterinnen absetzen. Arbeiterinnen, die Gehilfenarbeit verrichten, erhalten den Lohn für Gehilfen und demgemäß auch die Teuerungszulage für solche Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen erhalten auf den am Wochenlohn erzielten Verdienst eine Zulage von 50 Proz. als Teuerungszulage. Alle im Teillohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Stundenlohn den Minimallohn übersteigen, erhalten gleichfalls die Teuerungszulagen von 50 Pf. bzw. 30 Pf. Die Teuerungszulagen sind auch für etwa geleistete Ueberstunden zu gewähren, so daß der gesamte Verdienst einschließlich der Ueberstundenabzählung und der tariflich zu zahlenden Ueberstundenzuschläge mit den oben angegebenen Teuerungszulagen zu belagen ist.

Die Branchenleitung verwies auch darauf, daß nach dem Tarif von 1911 bei einer Kündigung die bestehende Schlichtungskommission den neuen Tarif zu vereinbaren habe und daß, wenn eine Einigung vor dieser nicht zustande komme, die Entscheidung des Einigungsamts anzunehmen sei. Dies sei der vertraglich vorgesehene Weg für die im Buchbinderverband organisierten Rappen-, Album- und Galanteriearbeiter. Nach Abschluß der Sitzung, in der auch die Vertreter des Sattler- und Portefeulienverbandes bestimmte Forderungen formulierten, erteilten die Vertreter der Unternehmer namens ihrer Mitgliederversammlung den Bescheid, daß sie grundsätzlich irgendwelche Forderungen des Tarifs, also Erhöhungen der Tariflöhne ablehnten, aber bereit seien, über Teuerungszulagen zu verhandeln, sobald von einer Erhöhung der Tariflöhne abgesehen würde.

Eine Antwort auf dies Ultimatum der Unternehmer ist unterblieben. Als Antwort wurde die Branchenversammlung einberufen. Nunmehr haben die Unternehmer sowohl zu Mittwoh, den 20. Juni, die Vertreter des Buchbinderverbandes zu einer neuen Verhandlung eingeladen „zwecks tariflicher Teuerungszulagen“, wie sie sich ausdrückten.

Dem Bericht Mars folgte eine lebhafte Diskussion. Einstimmig wurde dann eine Resolution angenommen, durch die die Versammlung das Angebot der Fabrikanten, nur Teuerungszulagen zu gewähren, zurückweist und erklärt: Da die Kündigung des Tarifs hat erfolgen müssen, so hat nunmehr die Schlichtungskommission in Wirksamkeit zu treten.

Anßerdem wurde beschlossen, vom Beginn der nächsten Woche ab bis zur endgültigen Regelung der Angelegenheit die Ueberstunden zu verteuern.

Die Branchenleitung wird selbstverständlich die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der neuen Verhandlung mit den Unternehmern am 20. Juni aufs beste vertreten.

Parteinachrichten.

Hugo Haase gegen eine Friedensinterpellation.

Man schreibt uns: Die „Leipziger Volkszeitung“ muß um jeden Preis Entschuldigungsgründe für die von ihr und ihren Freunden herbeigeführte Zerreißen der Partei finden, finden und erfinden! Um dem Widerspruch aus dem Wege zu gehen, hat sie für ihre neuesten Entstellungen die Zeit abgewartet, in der der Fraktions- und der Parteivorstand im Ausland weilten. Jemand ein Parteimitglied hat ihr Auszerungen aus den Fraktionsberatungen überbracht, wonach die Genossen Scheidemann, Dabitz, Bauer usw. sich zu bestimmten Zeiten gegen Friedensanträge und

Kocherungen auf unerkennbar hohen Grad gehoben hätten. Vielleicht ergänzt die „Leipziger Volkszeitung“ ihre „Entstellungen“ noch durch die folgende Tatsache:

Im Mai 1915 forderte der Zentralvorstand von Groß-Berlin durch seinen geschäftsführenden Ausschuß die Berliner Reichstagsabgeordneten auf, in der Fraktion dafür einzutreten, daß die Regierung um die Friedensbedingungen und ihr Kriegsziel befragt werde und daß man von ihr kategorisch eine klare und unzweideutige Antwort fordere. Der geschäftsführende Ausschuß führte diesen Auftrag aus und gab in der nächsten Sitzung folgenden Bericht darüber:

„Es hat eine Aussprache im Reichstag stattgefunden, an der auch der Vorsitzende der Partei, Hugo Haase, teilgenommen hat. Er erklärte den Wunsch der Berliner Genossen für berechtigt, aber da gerade jetzt die Kriegserklärung Italiens in jeder Stunde zu erwarten sei, sei der Zeitpunkt für eine derartige Friedensinterpellation doch sehr unglücklich gewählt. Gerade jetzt könne man der Regierung am schwersten zumuten, über ihre Kriegsziele und ihre Friedensbedingungen vor aller Welt sich auszusprechen. Die Berliner Genossen sollten sich noch einige Zeit gedulden; dann werde die Fraktion ihren Wünschen gern nachkommen.“

Also auch Haase hat gewünscht, daß es unzeitgemäße Friedensanträge gibt und hat in einer gegebenen Lage den „Mut zum Schweigen“ gefunden.

Zum Frankfurter Redaktionswechsel hatten wir, einer Darstellung der Reiner „Volkszeitung“ folgend, bemerkt: „Mit der Frage der Mehrheit und Minderheit innerhalb der Partei hat dieser Frankfurter Konflikt nichts zu tun, die Redaktion steht insgesamt auf dem Standpunkt der Mehrheit.“

Dazu schreibt uns nun Genosse Quard: „Das Gegenteil ist richtig. Seit Jahr und Tag habe ich in der Redaktion und im Frankfurter Parteivorstand kämpfen müssen gegen eine Personengruppe, die behauptete, daß die Fraktionsmehrheit der Reichsregierung mehr hätte abtrotzen können, nötigenfalls durch Ablehnung der Kriegskredite, die wiederholt Kanaklerfürgerei von uns getrieben haben wollte, die von uns als „Regierungssocialisten“, ganz wie die Unabhängigen, zu sprechen pflegte und die ruhig anbot, wie einer ihrer Mitglieder erst kürzlich in einer solchen Vorstandsbesprechung aussprach, man müsse dafür sorgen, daß die Partei nicht an die Regierung verläuft werde. Die letzten Beschlüsse der Parteiversammlung waren lediglich die persönliche Zuspitzung dieses vielmehrmonatlichen Kampfes.“

Robert Seidel aus der Sozialdemokratie ausgetreten.

Schon nach dem Schweizer Parteitag des Vorjahres, auf dem die dortige Sozialdemokratie ihren Uebergang ins anarchosocialistische Lager vornahm, setzte eine lebhafte Austrittsbewegung ein. Diese hat jetzt nach der Verlesung der Beschlüsse der Landesverteidigung durch den Parteitag großen Umfang angenommen. Unter den Austrittenden befinden sich eine Reihe der bekanntesten und hervorragendsten alten Parteiführer, so in Zürich Nationalrat Robert Seidel, der bekannte Dichter und Sozialpädagoge, und Regierungsrat Ernst.

Verantwortl. i. d. Verlags- u. Druckerei: Dr. Hans Dieberich, Berlin-Friedrichshagen; für d. Berliner Teil des Blattes: Alfred Scholz, Krefeld; für Insetate: Dr. Wende, Berlin. Druck u. Verlag: Bornheim's Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Preis 1 Blatt und Unterhaltungsblatt.

Deutsches Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Max Pallenberg
in Familie Schmek.
Kammerspiele.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin
(mit Leopoldine Konstantin).
Volkstheater. Theat. a. Bülowplatz.
Untergrundb. Schönhauser Tor.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft.
Lessing-Theater.
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Marie Ottmann u. Hans Wasmann in
Niobe. Oper v. O. Blumenthal.
Musik v. Osk. Straus.
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: Schnitzler-Abend.
Komödienhaus
8 Uhr: Wie fessle ich meinen Mann?
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Der Mann seiner Frau.
Gartenb.: Berlin wie es liebt u. haßt.
Alpello
FRIEDRICHSTR. AN DER KÖNIGS-
ALLEE 111/112, 7 1/2 Uhr:
Das vielseitige
Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

Theater für Freitag, den 22. Juni.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Geb. Herrfeld-Theater.
7 1/2 U.: Das Pensionsschwein.
Kleines Theater
7 1/2 U.: Hans im Schnakenloch.
Komische Oper
8 1/2 Uhr: Die Dose Sr. Majestät.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.
Neues Operettenhaus
Schiffb. 4a. Kassental. Nord. 281
7 1/2 U.: Der Soldat der Marie.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Der Leibgardist.
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Kammermusik.
Schiller-Th. Charlottenb.
7 1/2 Uhr: Trauulus.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Sonnwendzauber.
Theater am Nollendorfpl.
7 1/2 U.: Die Gulaschkanonne.
Theater des Westens
7 1/2 U.: Stolze Thea.
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: Der Star.

Deutsche Volkspende zum Ankauf von Lesestoff für Heer und Flotte. Ehrenpräsi. Generalfeldmarschall v. Hindenburg.
Sonnabend, den 23. Juni, 4 bis 7 Uhr nachm.
patriotische
Feier im Charlottenburger Schloßpark.
Militärkapelle — Kostedcker Bläserbund — Großberl. Sängerbund
Eintrittskarten 1 Mark überall im Ververkauf u. Ros 125 Kreuz, Markgrafestr. 40.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng. Cabaret „Feld-grau“
Königstr. 7 1/2, 11 1/2.

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 8 1/2, u. 7 1/2
Triumph der Schönheit
und das große, neue
Varieté-Programm.
Angenehm kühler Aufenthalt.

Aufruf!
Unsere deutschen Brüder sehen, zum letzten entscheidenden Schlage ausholend, am Ende des dritten Kriegsjahres im Felde. Das Stegriedschwert in der Faust darf nicht sinken, wenn es gilt, heimtückische Feinde vom heimatischen Boden fernzuhalten. Nur höchster Wille, getragen von festem Jüngerzorn, vermag diese Riesenaufgabe zu leisten.
Der Daheimgebliebenen Pflicht ist es, dazu beizutragen, daß der Geist unserer Truppen in langer, ermüdender Kriegsarbeit frisch bleibe. Bücher sind Freunde und bedeuten für unser Heer und unsere Flotte eine geistige Macht. Das Buch, das im Schützengraben, an Bord oder im Lazarett gelesen wird, ist mehr als ein bloßes Mittel zur Unterhaltung und Zeitverkürzung: es schlägt Brücken zu der Welt, die zurzeit für den Soldaten nicht da ist, die aber das Ziel seiner Sehnsucht ist. In Erzählung und Belehrung, in Scherz und Ernst will das Buch die Herzen erquicken, die träben Gedanken verjagen, Schützengrabeneinsamkeit und Lazaretttrübe verjagen. So sind Bücher Waffen, die den Mut stärken, und Mut ist Sieg.
Viele Millionen Bücher sind hinausgeschickt, aber tausendfach tönt uns der Ruf nach Lesestoff von den höchsten Kommandostellen bis zum schlichten Soldaten entgegen. Für die Millionenheere sind Millionen Bücher erforderlich. Darum bitten wir um Geldbeiträge für eine

Deutsche Volkspende zum Ankauf von Lesestoff für Heer und Flotte.
Schicken doch Bücher zu den wertvollsten Gaben, die heimatische Liebe jetzt noch spenden kann.
Helft uns, daß wir schöpfen können aus dem Born, der im Volk der Dichter und Denker aus den Tiefen des deutschen Gemütes quillt. Gebt alle und reichlich für die Tapferen, Treuen, die mit Blut und Leben uns und das Unfrige Volk und Vaterland verteidigen!

Der Ehrenpräsident:
von *Ernst Reuter*
General-Adjutant

Der Ehrenauschüß:
a. Leotti zu Solz, Minister der geistl. und Unterrichtsangelegenheiten. v. Loebell, Minister des Innern. v. Stein, Rgl. Preussischer Kriegsminister. v. Capelle, Staatssekretär des Reichsmarineamts. von Helldorff, Chef des Admiralstabes der Marine. Ludendorff, Ober-Generalkommandeur. Admiral Scheer, Chef der Hochseeflotte. Fürst von Hatzfeld, Herzog zu Trachenberg, Kaiserlicher Kommissar und Militär-Inspektor der freiwilligen Krankenpflege. v. M. B. v. v. Schjerve, Generalinspektor der Armee und Chef des Feld-Sanitätswesens. Wittl. Geh. Rat Dr. Kaempf, Präsident des Reichstags. Graf Arnim-Boitzenburg, Präsident des Reichshofes. Dr. Graf Schwerin-Löwitz, Wittl. Geh. Rat, Präs. des Abgeordnetenhauses. Wittl. Geh. Rat D. Voigts, Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats. Adolf Bertram, Fürstbischof von Breslau. Geh. Reg. Rat Dr. Fied, Mitglied des Reichstages der Zfd. Gemeinde. D. Bölling, evang. Feldpredigt der Armee. Dr. Joespen, Kathol. Feldpredigt der Armee. Wittl. Geh. Rat Prof. D. Dr. v. Harnack, Generaldirektor der Rgl. Bibliotheken. Wittl. Geh. Rat Dr. Harnack, Präsident der Reichsbank. General der Kavallerie v. D. v. Pfuel, Vorsitzender des Preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz. Grafin Wilhelmine Gräfin, Vorsitzende des Hauptvereins des Vaterländischen Frauenvereins.

Gesamtauschüß zur Verteilung von Lesestoff im Felde und in den Lazarett.
(Abt. 19 des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz)

Der Arbeitsauschüß:
General der Kavallerie v. D. v. Pfuel, Vorsitzender. Direktor W. Schaffen, geschäftsführender Vorsitzender. Geh. Hofrat, Kommerzienrat Karl Egleismund, Schriftmeister. Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Boethke. J. E. v. Wittl. Geh. Ober-Reg. Rat Dr. Buzerning.
Der Arbeitsauschüß für Berlin:
Geschäftsstelle: Berlin W 56, Markgrafestr. 40
Hilfs-Ausschüß von Berlin: Der Vorsitzende Dr. Köhbe, Oberverwaltungsgerichtsrat. Vaterländischer Frauenverein, Provinzialverein Berlin: Frau von dem Rassebed, Vorsitzende; Jauernick, Bandgeschäftsrat, Schriftführer.
Spenden nehmen auf Konto „Rotes Kreuz von Berlin Bücherpende“ entgegen: Die Geschäftsstelle des Roten Kreuzes von Berlin, Markgrafenstr. 40, oder: Bank für Handel und Industrie, Berliner Handelsgesellschaft, Commerz- und Disconto-Bank, Deutsche Bank, Direction der Disconto-Gesellschaft, Dresdener Bank, Mitteldeutsche Creditbank, Nationalbank für Deutschland, sowie deren kantige Depotsstellen. Ferner die Bankhäuser S. Wiegand, Delbrück, Schilde & Co., C. R. Engelhardt, Georg Fromberg & Co., Harth & Co., v. D. Heydt & Co., Jacquier & Co., v. D. Kämpf & Co., C. v. Lohndorfer, Handelsbank & Co., Wilmers, Vogt & Co.

Zirkus A. Schumann
Bahnh. Friedrichstr. Anf. 8 U.
Rauchen gestattet.
Kühler Aufenthalt.
Das Zirkus-Varieté-Programm.
u. a.:
Bayerische Alpen-Spiele
Die 3 Grazien am Draht.
Peppos kom. Dressur-Akt.
Halali Parforce-Schnitzel-Jagd.

NATIONAL-THEATER.
Königsplatz 68 7 1/2, 11 1/2
Zum 183. Male!
Was junge Mädchen träumen
Stürmischer Erfolg!
68 empf. sich. Billette im voraus 2. bef.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Zigeuner.
Gartenbühne-Vorstellung.

Volgt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich große Extravorstellung.
Pieper und Spelling
Gefühlsreiches Spezialitäten-Programm.
Am Sonntag 4. u. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Rastanienallee 7-9.
Heute:
Wha — famos!
Große Ausstattungen • Operettenstoffe in 3 Akten mit Gesang und Tanz.
Bescher das große Varietéprogramm.
Uhrang 4 1/2, 11 1/2.

Admirals-Palast.
Abakadabra
großes phantastisches Ballett auf dem Eis.
Angenehm kühler Aufenthalt
7 1/2, 11 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
für Haut-, Horn-, Frauenleiden
nerv. Schwäche, Beinleiden,
Ehrlich-Hata-Kuren
(Dauer 12 Tage), Behandlung
schnell, sicher und schmerzlos
ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36, Stadthf.
Alexanderspl.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Sandgrundstück,
Haus, Scheune u. Stall, mit 2 Morgen
Acker, gute Arbeitslosgenheit, für
3500 M. bei 1800 M. Anzahlung zu
verkaufen. **Herm. Hatz,**
Jatznick L/Pom. 49182

Kriegszulagen und Mietsteigerungen.

Stadtverordnetenversammlung vom Donnerstag, den 21. Juni.

Der Vorsitzende Stellvertreter Gaffel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und beruht zunächst die Einführung der neu gewählten Mitglieder, nämlich Richard Seel (Fr. Fr.) und Handelsrichter Bergmann (Linke), die dann auf die Städteordnung verpflichtet werden.

Das Andenken des verstorbenen Stadtv. Bankier Solmitz (Fr. Fr.) ehrt die Versammlung in der üblichen Weise.

In gemeinsamer Sitzung beider städtischer Körperschaften unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide wird die Erziehung zur Verbandversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin für den verstorbenen Stadtv. Karl Goldschmidt vollzogen. Durch Jura wird Stadtv. Lindau (Fr. Fr.) gewählt.

Zur Goldschmidt ist auch in das Kuratorium der Handwerker-Schulen Ersatz zu wählen. Gemeindet waren Hoenrich (Fr. Fr.) und Sommerfeld (Linke); letztere Meldung wird zurückgezogen; gewählt wird Hoenrich.

In der Ausschussberatung der Vorlage wegen

Erhöhung und Erweiterung der Kriegszulagen

haben die Anträge der Sozialdemokraten, auch die Ledigen zu bedenken, und die städtischen Angestellten und Arbeiter, die Naturalverpflegung erhalten, in der Zulage als Nichtverheiratete den Ledigen unter 18 Jahren, als Verheiratete ohne Kinder den Ledigen über 18 Jahre gleichzustellen, keine Mehrheit gefunden. Zugestanden wurde nur eine Erhöhung für Ledige unter 18 Jahren von monatlich 12 auf 14, über 18 Jahre von 20 auf 22 M., während die sozialdemokratischen Vertreter 20 bzw. 30 M. beantragt hatten; außerdem soll der bisherige Zuschuß von 25 M. für die verheirateten Angestellten ohne Kinder auch in den Einkommensstufen von 3000 bis 4000 M. erhöht werden, und zwar um 5 auf 30 M. Endlich soll die erhöhte Zulage von 30 M. auch denen zugute kommen, die Angehörige außerhalb des eigenen Haushalts zu unterhalten verpflichtet sind. — Sodann wird vom Ausschuss empfohlen, den Magistrat zu ersuchen, einen Weg zu finden, um bei der gegebenen Regelung der Kriegszulagen die Notoren, Lehrer und Lehrerinnen nicht schlechter zu stellen als alle anderen städtischen Angestellten unter gleichen Einkommensverhältnissen.

Referent ist Stadtv. Ufer (Linke). Die sozialdemokratischen Anträge sind für das Plenum wieder aufgenommen, auch derjenige, die Zahlung schon mit dem 1. Juni (nicht 1. Juli) beginnen zu lassen.

Stadtv. Brückner (Soz.) tritt für diese Anträge nochmals lebhaft ein. Die Ausschussbeschlüsse seien durchaus unzulänglich. Noch in letzter Stunde erhalte die Versammlung durch die Anträge Gelegenheit, den sozialen Notwendigkeiten gerecht zu werden. In Zweifelsfällen müßten weitgehendste Billigkeitsrücksichten walten; mehrfache seien diese sehr bedauerlicherweise in den ergangenen Entscheidungen zu vermissen gewesen. — Die Anträge sprächen für sich selbst. Es sei notorisch, daß die Lage der städtischen Angestellten und Arbeiter alles andere eher als rosig zu nennen sei. Weibliche Bureauangestellte müßten noch in der heutigen Zeit bitterster Feuerung mit Bezügen bis zu 70 M. monatlich herunter für sich nehmen! Eine Verhandlung vor der paritätischen Schlichtungskommission hat ergeben, daß noch deren Zustimmung in Anbetracht solcher Bezüge den Berliner Verhältnissen nicht mehr entsprechen und dieser Kriegsausgleich hat den Magistrat 14 Tage Frist gegeben, damit er diese seit 1914 in der Schwere befindliche Aufbesserungsfrage endlich zur Lösung bringe. Ein Gefühl der Beschämung müsse jeden darüber beschleichen, daß sich die städtischen Behörden demot öffentlich die Reviden lesen lassen müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe bei der Mehrheit.) Dringend empfohlen werden müsse der Antrag betreffend die in Naturalverpflegung Stehenden; hier kämen namentlich die Pfleger in den Krankenhäusern und Irrenanstalten in Frage. Durch die schlechten Lohn- und Gehaltsverhältnisse werde auch das Pflegematerial andauernd mindertwertiger; die Umwandlung der besseren Kräfte in die Privatinstalten halte an. Die Verwaltung wisse das und gebe das zu, aber zu wirksamer Abhilfe raffe man sich nicht auf. Redner gibt dann eine Uebersicht über die enorme Verteuerung aller Bedarfsgegenstände, die für diese Angestellten und Arbeiter in Betracht kommen, weist auf die wachsenden Erfolge der Hausagrarier auf dem Gebiete der Mietsteigerungen hin und fragt, wie weit demgegenüber eine Zulage von monatlich 2 M. noch das Präzibat „zureichend“ verdient. Die Hausbesitzervereine schienen eine Art Revoluzzerialität zu befolgen (Unruhe), indem sie die wirtschaftliche Notlage der Mieter ausnützten, weil die Mieter die heutigen hohen Umzugslofen, die hohen Ausgaben für neue Gardinen und dergleichen nicht anlegen könnten. (Erneute Unruhe.) Die wirtschaftlich Schwachen hätten Anspruch auf Schutz gegen solche Wucherschaften; diesen Schutz sollten auch die Anträge ihnen bringen.

Bürgermeister Dr. Reide: Gärtner, die sich angesichts des Wortlauts der Beschlüsse herausstellen, werden durch die Praxis abgemildert werden. Der Schlichtungsausschuss hat noch gar nicht gesprochen, er kann offiziell noch nicht gesprochen haben, denn die Vorinstanz hat ja noch gar nicht gesprochen. Die Kommune kann den hohen Löhnen, die die Privatindustrie im Kriege zahlt, ihrerseits nicht nachkommen, läte sie es, ihnen allen würden die Haare zu Berge stehen. Die allgemeine Gehaltserschöpfung ist im Kriege bisher nicht durchführbar gewesen; der Magistrat erwägt, ob nicht jetzt nach bald 3 Kriegsjahren doch vielleicht auf der ganzen Linie vorgegangen werden könnte, zu Beschlüssen ist er aber noch nicht gelangt. Auch wegen der Mietsteigerungen ist der Magistrat schon in Erwägungen eingetreten; gegen die Hausbesitzer soll man aber auch nicht einseitig Angriffe richten, es sind unsere Stadtbürger, die mit den andern an der gemeinsamen Last und zuletzt doch zum weitaus größeren Teil zu tragen haben.

Stadtrat Franz setzt auseinander, daß der Magistrat sich laum auf Beschlüsse würde einlassen können, die im Sinne der sozialdemokratischen Anträge gefaßt würden; es würde dadurch über eine halbe Million an Mehrausgaben nötig werden. Die Bedeutung der Naturalverpflegung werde gerade in heutiger Zeit von den Herren Brückner und Genossen gar zu sehr unterschätzt.

Stadtv. Dahn (Linke) protestiert gegen die „großen Worte“, die der Antragsteller gebraucht hat, um seine Vorschläge für die Ledigen usw. zu empfehlen. Die Versammlung möge die Anträge ablehnen und den Ausschussvorschlügen zustimmen.

Stadtv. Biffing (Fr. Fr.): Der Bund der Berliner Grundbesitzervereine hat keinen Beschluß auf allgemeine Mietsteigerungen gefaßt. Wenn eine Stimmung für Erhöhung der Mieten vorhanden ist, so ist sie durchaus berechtigt. (Abfal und lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Brückner: Der Bürgermeister hat zugegeben, daß noch heute in den städtischen Betrieben die Angestellten- und Arbeiterauschüsse nicht gebildet sind. Das ist sehr bedauerlich, nachdem das Hilfsdienstgesetz schon 7 Monate in Kraft ist. Die Aussicht auf Ruhegeld und Pension hilft doch nicht über die Augenblicksnot hinweg. Bei den Gaswerken hat der Aufsichtsrat einstimmig beschlossen, den Magistrat um eine Aufbesserung der Löhne usw. zu ersuchen; die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss kann also dem Magistrat doch nicht so völlig überraschend gekommen sein, wie es der Bürgermeister hinstellte. Gewiß steht ein großer Teil der Arbeiter heute besser da als in Friedenszeiten; aber daraus kann kein Argument gegen unsere Anträge hergeleitet werden. Die Stadt hat ausreichende Löhne zu zahlen und auskömmliche Feuerungszulagen zu gewähren, die auch die Mehrausgaben für Essen, Kleidung usw. weitgehend teilweise decken helfen. Tatsächlich sind zahlreiche Hausbesitzervereine mit Steigerungsbeschlüssen vorgegangen. Wenn alle Stränge reihen, erbliden weite Kreise der Bevölkerung die letzte Rettung nur in einem Eingreifen des Oberkommandos.

Damit beschließt die Erörterung. Die Anträge Brückner werden abgelehnt, die Vorlage gelangt nach den Ausschussanträgen zur Annahme.

Den Magistratsvorschlügen hinsichtlich der Änderungen im höheren Schulwesen

für Knaben hat der eingesehene Ausschuss mit der Maßgabe zugestimmt, daß bei der Verlegung des Sophien-Gymnasiums nach dem Antischen Platz die Vorschule abgebaut wird, daß bei Verlegung der neuen Oberrealschule am Wedding die Vorschule fortfällt, daß der Magistrat mit den Vororten in Verhandlung tritt, um den Abbau der Vorschulen in Groß-Berlin anzubahnen, endlich daß die Kämpf-Realschule so angefaßt werden soll, daß ihre Abiturienten Aufnahme ins Lehrerseminar finden.

Ebenso hat die Vorlage betr. Aufstiegsmöglichkeiten für Mädchen und entsprechende Umwandlung der ersten städtischen Mädchenmittelschule, Grüner Weg 17, mit der Maßgabe Annahme gefunden, daß der Deputation für die ärueren Angelegenheiten der städtischen höheren Lehranstalten Vollmacht gegeben werden soll, hochbegabten Volksschülerinnen bei nachgewiesener Bedürftigkeit vom 14. Lebensjahre ab für den Besuch des Lyzeums neben Freischule und freien Lehrmitteln eine jährliche Unterhaltsbeihilfe von 300 M. zu gewähren.

Referent Stadtv. Schuldirektor Dr. Anauer (Linke) stellt fest, daß die freimütige Erklärung des Magistrats, daß bei der Prüfung der Würdigkeit der Schüler politische und konfessionelle Rücksichten völlig auszuschließen hätten, der Ausschussmehrheit genügt hat, um ihre Bedenken gegen die Fassung der Begründung der Vorlage in diesem Punkte zu beseitigen.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Mit einer gewissen Genugtuung blicken wir auf die Ausschussverhandlung zurück. Unsere Anträge, auch bezüglich der Vorschulen, sind angenommen worden; 2 Vorschulen werden abgebaut bzw. nicht eingerichtet werden. Damit geschieht auch der erste Schritt zur Anbahnung der Einheitschule. Der Aufstieg der Allgemeinheit sieht uns höher als der der Begabten. Ich unterbreite auch meinerseits die freimütige Erklärung des Magistrats in Sachen der Berufslehreprüfung. Damit sind für uns alle Anstände geschwunden; die Vorlage kann ich jetzt leben lassen, wir betrachten sie als eine nunmehr annehmbare Abschlagszahlung und werden sie annehmen.

Die Stadtv. Kommiten (Fr. Fr.) und Gaffel (Linke) empfehlen ebenfalls die Zustimmung zu den Ausschussbeschlüssen und begründen auch ihrerseits den Fortschritt, der in der Frage der Verbeitung der Vorschulen jetzt praktisch gemacht werde. Die Verhandlungen mit den Vororten würden ja nicht leicht sein, aber rüchändiger als das Kultusministerium werde doch keiner der Vororte sein wollen.

Hierauf werden die Ausschussanträge mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben.

Zur Erweiterung des Kraftwerks Roabit der Städtischen Elektrizitätswerke werden für 1917 noch 1300 000 M. bewilligt.

Die regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung, die im November d. J. vorzunehmen wären, sollen mit Rücksicht auf die Fortdauer des Krieges um ein Jahr verschoben werden.

Die Offenlegung der Gemeindevählerlisten soll in diesem Jahre ausnahmsweise nicht vom 15. bis 30. Juli, sondern vom 1. bis 15. September erfolgen. Maßgebend für diese Verschiebung ist die diesmalige Verzögerung in der Aufstellung der Stabslisten, der Grundlage für die Aufzeichnung der Kommunalwählerliste.

Beiden Vorlagen wird ohne Debatte die Zustimmung erteilt. Zwischen Berlin und Reudlin ist analog der 1912 mit Kreptow abgeschlossenen Vereinbarung ausgemacht worden, daß bei voller Gegenseitigkeit in beiden Gemeinden von Schulkindern der anderen Gemeinde kein Schulgeld beim Besuch der Gemeindegemeinschaften, kein erhöhtes Schulgeld beim Besuch der höheren Lehranstalten erhoben wird.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Zur Erhöhung der Einnahmen der Städtischen Elektrizitätswerke soll ab 1. Oktober 1917 im Weichbilde von Berlin dieselbe Zählermiere erhoben werden, wie sie in den Vororten bereits erhoben wird; außerdem soll auf alle Rechnungen ein Feuerungszuschlag von 3 Proz. zur Erhebung gelangen.

Stadtv. Gronowaldt (Linke) beantragt Ausschussberatung.

Stadtv. Hilder (Soz.) ist gleichfalls dafür. Die Vorlage sei ja zu recht ungeliebter Zeit gekommen, aber verständlich sei es doch, wenn sie komme. Im Ausschuss werde man sich über die Differenzen schon einigen.

Die Einsetzung eines Ausschusses wird beschlossen und dieser sofort vom Vorstande ernannt.

Das Dittirische Privatlyzeum, Bremer Straße 60/70, soll vom 1. Oktober 1917 ab in städtisches Eigentum und städtische Verwaltung übergeben.

Stadtv. Dr. Wehl rügt, daß die Vorlage so verspätet an die Versammlung gebracht ist, und fragt dann, was mit dem Lehrpersonal geschehen soll. Hochqualifizierte Lehrkräfte müße doch die Stadt übernehmen.

Aus der weiteren Erörterung, an der noch Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.), Söfeland (Linke) und Stadtschulrat Reimann teilnehmen, ergibt sich, daß in wohlwollendster Weise diese Frage zur Lösung gebracht werden soll.

Die Vorlage wird angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 1/9 Uhr.

Der vorliegende Jahresbericht weist zunächst darauf hin, daß die intensivere Kriegführung im verlaufenen Geschäftsjahre auch an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Volkes nach verschiedenen Richtungen hin ganz besondere Anforderungen stellte.

Das Warengeschäft erlitt im dritten Kriegsjahre, dem Drude auf das gesamte Wirtschaftsleben entsprechend, einen weiteren Rückgang. Die Importvorräte haben sich immer mehr verringert und sind schließlich völlig dem Markte verstorben. Der Warenumsatz betrug 183 896 000 M. gegen 182 868 000 M. im Jahre vorher, also 18 962 000 M. weniger, das sind 12,41 Prozent.

Die Zahl der Gesellschafter betrug zu Beginn des Geschäftsjahres 849, am Schluß desselben 874.

Das neue Lager in Dresden ist im Berichtsjahre eröffnet worden. Die Umsätze waren infolge des Krieges nur gering. Die im neuen Lager Hamburg-Sonnenstraße vorgesehenen Eigenbetriebe sind infolge Zentralisierung des Handels durch die Reichsbehörden nur teilweise in Tätigkeit. Beschäftigt wurden auf den Lagern 109 Personen gegen 120 Personen im Vorjahr.

Die Gemüzmühle in Hamburg ist am 1. Juli 1916 eröffnet worden und konnte den gestellten Anforderungen gerecht werden.

Die Kaffeerösterei erreichte einen Umsatz von 2361 000 Mark gegen 3602 000 M. im Vorjahr.

Die Abteilung D. Gröba, Manufakturwaren und Schuhwaren hatte einen Gesamtumsatz von 10 298 000 M., gegen das Vorjahr 1 180 000 M. mehr. Die Mehrung erklärt sich hauptsächlich aus der erheblichen Preissteigerung aller Artikel.

Die Einkaufsvereinigungen haben sich von 49 auf 50 vermehrt. Im Warenbezug von genossenschaftlichen Organisationen trat ebenfalls ein allgemeiner Rückgang ein. Es wurden bezogen für 6 694 000 M. gegen 7 753 000 M. im Vorjahr.

Die Produktionsbetriebe fanden im Berichtsjahre in verstärktem Umfange unter dem Einfluß kriegswirtschaftlicher Maßnahmen. Zahlreiche Verordnungen haben die Erzeugung ganz wesentlich beeinflusst. Der Gesamtumsatz in sämtlichen Fabriken betrug:

Table with 2 columns: Factory Name and Amount. Includes Seifenfabrik Düsseldorf (10 569 168,97 M.), Seifenfabrik Gröba (7 848 068,10 M.), etc.

29 018 064,38 M.

Beschäftigt wurden insgesamt 1420 Personen. Die gesamte Tabakindustrie litt im abgelaufenen Jahre wesentlich mehr unter den fortgesetzten Preissteigerungen des Rohababak und der sonstigen Materialien als in den beiden ersten Kriegsjahren. Dazu kam noch das neue Tabaksteuergesetz vom 1. Juli, mit rückwirkender Kraft bis zum 15. Mai. Ständige Preissteigerungen der fertigen Fabrikate mühten deshalb erfolgen.

Das Kriegsjahr 1916 brachte für die Seifenindustrie große Umwälzungen. Durch die im Januar erfolgte Ablieferung der für die Speisefettindustrie beschlagnahmten Oele und Fette (insgesamt lieferten unsere beiden Fabriken rund 550 000 Kilogramm ab), sowie durch die Verordnung vom 6. Januar 1916, noch der pflanzliche und tierische Oele und Fette zur Herstellung von Seife nicht mehr verarbeitet werden dürfen, sahen wir uns gezwungen, die uns noch verbleibenden Rohmaterialien möglichst zu verwenden. Durch neue Verordnungen, die im Laufe des Jahres erschienen, schränkten wir den Seifenverbrauch und die Seifenherstellung wiederum ein. Mitte 1916 waren von rund 1900 deutschen Seifenfabriken circa 1000 außer Betrieb gesetzt, von diesen wurden im Juli nochmals etwa 700 stillgelegt. Mit der Warenherstellung wurden etwa 100 der größten und leistungsfähigsten Seifen- und Seifenpulverfabriken, darunter auch unsere beiden Betriebe betraut. Mit der Herstellung von fettilosen Waschlitteln konnten wir uns wegen der Knappheit an Soda nur in ganz bescheidenem Umfange befassen.

Die Tagesordnung wurde glatt erledigt. Nach Genehmigung der Jahresrechnung wurde dem Geschäftsführer und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Der Vorschlag über die Verteilung des Reingewinns wurde angenommen, ebenso die Anträge über Ausdehnung der Eigenproduktion und Ausbau von Handelsbetrieben. Der Erhöhung des Stammkapitals um vier Millionen wurde ebenfalls zugestimmt.

Die sühnungsgemäß ausscheidenden Mitglieder der Zeitung wurden wiedergewählt.

Groß-Berlin Um die Kriegszulagen.

Die Berliner Schulreform.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern um die Erweiterung der Kriegszulagen für Angestellte und Arbeiter der Stadt heftig gekritten. Es handelte sich darum, noch etwas mehr als die im Ausschuss beschlossenen Verbesserungen zu erreichen. Den Personen mit Naturalverpflegung und den Ledigen galten die im Ausschuss nicht durchgedrungenen Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion, die sie im Plenum wieder aufgenommen hatte. Die freimütige Mehrheit verhornte auch hier auf ihrem ablehrenden Standpunkt. Sehr unbequem war ihr allerdings, was Genosse Brückner in seiner Begründung unserer Anträge ausführte. Seine an den Lohn- und Gehaltsverhältnissen der Arbeiter und Angestellten geübte scharfe Kritik, die das Unzulängliche der Ausschussbeschlüsse zeigte, wurde von den Freimütigen mit lärmenden Unterbrechungen begleitet. Starke Beifall spendeten sie dem Bürgermeister Reide, der vor Annahme der Anträge unserer Genossen warnte. Stadtrat Frank rechnete mit bedenklicher Miene vor, was die Sache kosten würde. Was heute der Lebensunterhalt eines Angestellten und Arbeiters kostet und was im besonderen die Wohnungen nach Steigerung der Mieten kosten werden, hatte Brückner hervorgehoben. Das ging den Freimütigen nun vollends gegen den Strich. In ihren Abwehrversuchen gegen unseren Redner war ihr Hauptwortführer der Stadtverordnete Biffing, der Vorsitzende des Bundes Berliner Grundbesitzervereine. Die Abstimmung über die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion ergab Ablehnung durch die gesamte freimütige Mehrheit. Die Vorlage wurde dann nur mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen angenommen.

Beschlossen wurde gestern auch über die Schulreformpläne. An den Magistratsentwürfen hat die Ausschussberatung nur das geändert, daß die Forderung des Abbaues der Vorschulen hinzugefügt wurde. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Wehl, daß sie mit dieser Bedingung den Reformplänen zustimmt. Gegen die Vorschulen äußerten sich auch die Redner des Freisinn. Die Magistratsvorlagen wurden einstimmig angenommen.

Warum fehlt's in Berlin an Obst?

In Berlin wird seit einiger Zeit sehr über die Obstknappheit geklagt. Allzu reichliche Zufuhren von Obst hatte ja wohl niemand erwartet, und was dann von Kirchen als erstes Erzeugnis auf den Markt kam, war wirklich nicht viel. Daß aber die Zufuhren nicht wuchsen, sondern sogar wieder nachließen, darüber muß man sich denn doch wundern. Die Glühbirne der letzten Tage war sicherlich geeignet, die Reife der Früchte zu beschleunigen, so daß die Obst-

23. Generalversammlung der Grobeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine

Kürnberg, 20. Juni.

Im Anschluß an den 14. Genossenschaftstag fand heute die 23. ordentliche Generalversammlung der Grobeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine statt. Die Verhandlungen waren nicht öffentlich.

gähnt nicht um den Nachschub frischer Ware bezogen zu sein... Die Verteilung der Interessengemeinschaft Charlottenburger Obst- und Gemüsehändler hat sich in ihrer letzten Sitzung mit den Zuständen in der Zentralmarkthalle beschäftigt und einstimmig Protest angenommen...

Protest der Klein Händler gegen den Obstwucher.
Die Verteilung der Interessengemeinschaft Charlottenburger Obst- und Gemüsehändler hat sich in ihrer letzten Sitzung mit den Zuständen in der Zentralmarkthalle beschäftigt und einstimmig Protest angenommen...

Die Interessengemeinschaft Charlottenburger Obst- und Gemüsehändler E. G. m. b. H. protestiert aufs energischste gegen die unerhörten Zustände, die sich in der Zentralmarkthalle beim Verkauf von Obst und Gemüse durch das Dazwischentreiben der „Repper“ ergeben haben...

Dieser Beschluß gegen den wilden Handel ist sicher eher geeignet, die Zustände zu bessern, als die Schreibweise einiger größerer bürgerlicher Blätter. Man gebietet sich furchtbar tabuhaft, schimpft auf die Zustände, um dann zu dem Schluß zu kommen, was nützen und alle Höchstpreise, wenn wir keine Ware haben...

Der Guthabenausweis bei der Jugendsparkasse.

Von jugendlichen Zwangsparen und ihren Angehörigen wird es manchmal als verwunderlich empfunden, daß sie über die dem Arbeitgeber übertragenen Einzahlungen der Ersparnisse über die Höhe des dadurch aufgammelten Sparkassenguthabens keinen amtlichen Ausweis in Händen haben... Die Höhe seines Guthabens zu fordern. Wenig dürfte bekannt sein, daß nach der erwähnten Anordnung der Jugendliche auch berechtigt ist, bei dem Arbeitgeber monatlich einmal den Rachweis über die erfolgte Zahlung an die Sparkasse einzusehen...

Umzugsstermine. Das Polizeipräsidium teilt mit: Wegen der Schwierigkeiten, die der durch den Krieg entstandene Mangel an geschulten Arbeitskräften und an Pferden für die Beförderung des Hausgeräts mit sich bringt, werden die beim nächsten Vierteljahrs-Wohnungswechsel innewohnenden Fristen für den Stadtbekannt Berlin unter Zustimmung des Königl. Oberkommandos in den Marken wie folgt festgelegt: Es sind zu räumen: 1. Kleine, aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 4. Juli 1917 abends...

Kerze als Schwerarbeiter. Beim Kerzlichen Landesverein für die Provinz Brandenburg ist der Antrag gestellt worden, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um den Kerzen die Zusatzarbeiten für Schwerarbeiter zu gewährleisten. Jetzt tritt im Publikationsorgan des Kerze-Ausschusses von Groß-Berlin für eine Abfassung der Kerze in „Schwerarbeiter“ und „Schwerstarbeiter“ der prakt. Arzt Dr. Wiesner-Rudow ein. Der Kerzenarbeiter müßte, so führt Dr. Wiesner aus, die Vordärge zugeteilt werden, welche ihre Praxis auf selbstgeführtem Rade oder Kraftwagen ausüben müssen...

Ein Balkonzert der Philharmonischen Orchesters findet am heutigen Freitag in den Konfordia-Festhallen, Andreasstraße 64, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

Einschränkung des elektrischen Stromverbrauches. Zur Vermeidung von Zweifeln in Angelegenheiten der Verfügung des Oberkommandos in den Marken vom 16. Juni 1917, betreffend die Regelung des Verbrauchs elektrischer Arbeit, ist der elektrotechnische Sachverständige der Kriegsamtsstelle in den Marken, Königlich Bayerischer Oberst, mit Ausnahme von Sonnabend, an den Wochentagen nachmittags von 5 bis 6 Uhr in der Kriegsamtsstelle, Industrieabteilung, Berlin W., Potsdamer Straße 22, 1 Treppe, zu sprechen. Es empfiehlt sich, die Zweifel schriftlich formuliert zur Rücksprache mitzubringen.

Was wünscht sich der Soldat in Ruh? Bücher! — Gebt uns Geld dazu!

Eine neue Brotartenfabrik ausgehoben. Der Kriminalpolizei war bekannt geworden, daß in der letzten Zeit in einzelnen Fabriken mit gefälschten Brotarten gehandelt wurde. Nachforschungen ergaben, daß diese Fälschungen aus einer Werkstätte in einem Hause der Stolger Straße stammten. Hier betreibt ein Geschäftsmann P. in Erdgeschoss eine Steinischleiferei, die gut ging. Sein verheirateter Sohn war in einer hiesigen Munitionsfabrik angestellt. Dieser Sohn hatte die falschen Marken in den Handel gebracht. Die Steinischleiferei wurde nun beobachtet und es zeigte sich, daß Vater und Sohn in der Werkstätte durch ein Steindruckverfahren Brotarten herstellten. Nach diesen Feststellungen nahm die Kriminalpolizei eine Durchsichtung vor und erbeutete tausende schon fertige und noch unfertige Brotarten für die kommenden Wochen. P. und sein Sohn wurden verhaftet.

Ein Omnibus in die Dahme gefährt. Ein eigenartiger Verkehrsunfall, der leicht recht verhängnisvolle Folgen hätte haben können, hat sich auf der Chaussee Wendisch-Buchholz—Halbe zugetragen. Der zwischen diesen Orten verkehrende Omnibus, der mit 29 Personen besetzt war und außerdem etwa acht hundert Gepäck geladen hatte, begegnete auf der Fahrt zum Bahnhof Halbe einem Bauernfuhrwerk, dessen Führer nicht rechtzeitig, und dann nach der falschen Seite ausbog. Infolgedessen mußte der Omnibus plötzlich weit nach links ausweichen und geriet hierbei in den Losen Sand. Das schwer beladene Gefährt land mit den linken Rädern so tief in das Erdreich ein, daß es das Gleichgewicht verlor und in die Dämme neben der Chaussee entlang laufende Dahme fürzte. Glücklicherweise ist das Gefährt an jener Stelle sehr leicht, so daß alle Personen mit einem fühlenden Bade davonkamen. Nur ein Soldat erlitt einen zweifachen Bruch des linken Armes.

Charlottenburg. Ablieferung von Aluminiumgegenständen. Das Publikum wird darauf hingewiesen, daß die beschlagnahmten Aluminiumgegenstände innerhalb der dafür vorgeschriebenen Fristen an die Charlottenburger Sammelstelle, Lützowstr. 18, abzuliefern sind. Die Ablieferer mit den Anfangsbuchstaben J—M haben dies in der Zeit vom 16. bis 30. d. M. zu erledigen, mit den Buchstaben N—R vom 2. bis 14. Juli, während für die Buchstaben S—Z die Ablieferungsfrist vom 16. bis 31. Juli läuft.

Eine besondere Aufforderung erfolgt an die Ablieferungspflichtigen nicht mehr.

Neußeln. Ausgabe von Lebensmittelguthabenskarten für Jugendliche. Die von der sozialdemokratischen Fraktion verlangte Einführung von Zusatzkarten für Jugendliche ist jetzt durchgeführt worden. Nach einer Verordnung des Magistrats erhalten jugendliche Personen vom 12. bis einschließl. 17. Lebensjahre neben der allgemeinen Lebensmittelkarte bis auf weiteres eine solche besondere Lebensmittelguthabenskarte.

Schöneberg. Lebensmittelnachrichten. Um der Bevölkerung einen Erfolg für die fehlenden Kartoffeln zu liefern, gibt der Magistrat — außer der bereits angeforderten Verteilung von Dauermilch und Weizengrieß — von Sonnabend, den 23. Juni ab 1/2, Pfd. Kartoffel-Walzmehl für jeden Einwohner aus. Der Verkauf findet in 150 durch besonderen Anschlag kenntlich gemachten Geschäften ohne Voranmeldung statt. Wer bis zum 27. Juni Kartoffel-Walzmehl nicht erhalten hat, erkundigt bei der Auskunftsstelle, Neues Rathaus, Zimmer 261 (Hauptsprecher Rollendorf 1727/46), wo noch Ware vorhanden ist.

Die Geschäftsräume der staatlichen Steuerverwaltung. Zum 1. Oktober d. J. gehen die Geschäfte der Einkommensteuerverwaltung für Schöneberg, die bisher dem Oberbürgermeister übertragen waren, in staatliche Verwaltung über. Für die Geschäftsräume der staatlichen Steuerkommission ist das Haus Jungsbruder Str. 12 bestimmt, das die Regierung für längere Zeit gemietet hat.

Lichtenberg. Eine städtische Gemüsehalle. Die Lichtenberger städtischen Körperkassen haben vor kurzem von der Eisenbahnerverwaltung einen großen Lagerplatz an der Ecke der Frankfurter Allee und Edertstraße auf die Dauer von zehn Jahren gepachtet. Der Magistrat unterbreitet jetzt den Stadterordneten eine Vorlage über den Bau einer Gemüsehalle auf diesem Grundstück. Danach soll die Halle eine Länge von 60 Meter und eine Breite von 25 Meter haben. Die Baukosten sind auf rund 200 000 M. veranschlagt. Für den Wagenverkehr sind eine große Auffahrt von der Edertstraße und eine kleinere Zufahrt von der Frankfurter Allee aus neben den dortigen Beamtenwohnhäusern vorgesehen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Spandau. Dienstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr. findet im Lokale von Steinweg, Bismarckstr. 8, eine Mitglieder-versammlung statt. Tagesordnung: 1. Presseangelegenheiten. 2. Bericht der Stadtverordneten unter besonderer Berücksichtigung der städtischen Lebensmittelverteilung. 3. Stellungnahme zur Kreis-generalversammlung. 4. Einteilung der Bezirksklassierung. 5. Vereinskassenangelegenheiten und Kassierung der Beiträge. 6. Ausgabe von Broschüren an die Mitglieder und zum Verkauf an die im Felde stehenden Genossen. Da sich in der letzten Zeit recht unerquickliche Zustände in der Stellung des „Vorwärts“ gezeigt haben, die unter Punkt 1 behandelt werden, so sind auch alle „Vorwärts“-leser eingeladen.

Aus aller Welt.

Erdbeben in Süddeutschland.

Aus Stuttgart wird unterm 21. Juni gemeldet: Nachts um 1 Uhr 10 ist hier ein heftiger Erdstoß verspürt worden. Darauf erhob sich ein gewaltiger Sturm, der die Einwohner aus dem Schlafe weckte. Am Bodensee war, wie aus Radolzell und Konstanz berichtet wird, der Stoß in der Richtung West-Ost so stark, daß die Gegenstände in den Zimmern ins Wanken gerieten. In Aen, Heidenheim, Ellwangen und Ulm wurde ein dreifacher Stoß wahrgenommen. In Konstanz dauerte das Beben drei bis vier Sekunden und war von starkem, unterirdischem Rollen begleitet. Es bewegte sich in der Richtung von Südost nach Nordwest. Die Hausbewohner eilten, erschreckt durch die starke, wellenförmige Bewegung, zum Teil auf die Straße. Ein Unfall ist nicht bekannt geworden. Das Beben war merklich milder als das vom 16. November 1911.

Jugendveranstaltungen.

Wellenfec. Die Arbeiterjugend veranstaltet Sonntag, den 24. d. M., eine Badepartie nach dem Großen See. Die Abfahrt erfolgt schon am Sonnabend abends 8 Uhr vom Unionplatz.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Deshalb der Ober zunächst noch troden und überiegend heiter, bei wenig veränderten Temperaturen; im Westen etwas kübler, langsam zunehmende Bewölkung; schwache Westwinde.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler

Albert Menz

Schöneberg, Oberuferstraße 24 am 18. Juni gestorben ist. Die Beerdigung findet heute Freitag, den 23. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt. Regte Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Revolverdreher

Helmut Schorbogen

Müllerstraße 134a am 19. Juni gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauli-Kirchhofes, Seestraße, aus statt. Regte Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Friseur

Georg Saefck

Ofener Straße 13 am 15. Juni gestorben ist. Obre ihrem Andenken! 176/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer

Paul Hein

am 19. Juni im Alter von 55 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gedwigs-Kirchhofes, Reichenborf, Berliner Str. 24/28, aus statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droßkoffenführer

Richard Moritz

am 19. Juni im Alter von 65 Jahren verstorben ist. Die Einäscherung findet am Freitag, den 22. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße 37/38, statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Wilhelm Lüdike

am 12. Juni im Alter von 60 Jahren verstorben ist. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Karl Dzelski

von der Firma Bergmann, am 7. Juni im Alter von 47 Jahren verstorben ist. Obre ihrem Andenken! Die Bezirksverwaltung.

Verein der für Feuer-Freidenkerbestattung

Sitz Berlin. Gegr. 1905. Am 16. Juni verstarb unser Mitglied, Herr

Wilhelm Püstow

Wilmersdorf, Weimarsche Str. 12. Obre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 3 Uhr, in der Gerichtstraße statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Soz. Verein für Teltow-Beeskow. Bezirk Wilmersdorf.

Nachruf.

Am 16. Juni verstarb unser Mitglied, der Genosse **Wilhelm Püstow** infolge eines Lungenerleidens. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. 190/14

Statt Karten.

Am 20. Juni starb meine liebe Frau

Luise Roussel

geb. Nicolai im Alter von 83 Jahren. Dies zeigt tiefbetäubt am **Alphonse Roussel.** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Treptow (Baumhuldenweg), Klefholzstraße, aus statt.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Brig.

Außerordentliche Ausschuffigung

Dienstag, den 3. Juli 1917, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Otto Köppen, Berlin-Brig, Wilhelmstr. 1, eine

Sitzung

statt, zu welcher die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeladen werden.

Tagesordnung: Beratung und Beschlußfassung über die Änderungen der §§ 19, 23, 47, 51 und 99 der Kassensatzung. Weiter dieser Bekanntmachung erfolgt noch eine schriftliche Einladung, welche als Ausweis dient.

Der Vorstand. 277/99 H. Kraay, erster Vorsitzender.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

V. a. G. Hamburg. Filiale Schöneberg.

Sonnabend, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Obst. Martin-Luther-Str. 60:

General-Versammlung

1. Wahl des gesamten Vorstandes. 2. Vereinskassenangelegenheiten. 3. Bericht des Vorstandes. 176/17 Die Ortsverwaltung. H. K. G. Borchardt, Botenstr. 5.

Deutschland braucht Männer.

die fähig sind, an dem großen wirtschaftlichen Weltaustausch teilzunehmen, der eine unbedingte Folge des Weltkrieges sein muß und eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens herbeiführen wird. Ueberall werden

gebildete u. leistungsfähige Mitarbeiter gesucht

sein. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels und der Industrie sollten nicht vernachlässigen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Frelw.-Prüfung und das Abitur-Examen nachzuholen oder die fehlenden kaufmänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vortreffliche Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Rustin“. Ausführl. 80 S. starke Broschüre kostenlos.

Bonness & Hachfeld, Potsdam Postfach 224.

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasche, direkt am Stadthauptbahnhof

Friedrichstr. 90

Behandlung von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, (pez. chron. Fälle. Ehrlich-Darwin-Buren, schmerzlos, kürzeste Behandlung ohne Berufshilfe, Blutunterstützung, Wdh. Weile. Teilzahlung. Sprechstunden 10-1 und 3-8. Sonnt. 11-1.

Ansichtskarten :: 100

Brief-mappen 5/5 6.-8.50, 19 u. 15 M. 100 Karten 1.50-11 M. 100 sort. Karten, Liebes-, Kopf-, Goldglanz-, Landschaft-, Künstlerk. usw. 260 M. (5-50 Pf.-Verk.). P. Wagenknecht, Verlag Leipzig 134.

Uhren - Goldwaren

Piltz & Co., Lindenstr. 109.

Bücher und Zeitschriften jeder für liefert die Buchhandl. Hermanns-Buchhandlung nimmt jede Büchereibestellung sowie die Bestellungen entgegen.

Aus der Gedankenwelt eines deutschen Idealisten.

Am 22. Juni jährt sich zum 150. Male der Tag, das Wilhelm von Humboldt den Deutschen geboren wurde — die Verkörperung des klassischen deutschen Bildungs- und Humanitätsmenschen. In Nr. 154 ist seines politischen, an den Idealen der französischen Revolution geknüpften Strebens bereits gedacht worden. Heute soll an seine reiche, allem wahrhaft Menschlichen zugeneigte Welt durch ein paar Stellen aus seinen Briefen und Schriften erinnert werden.

Die höchste Kraft und der höchste Genuß des Weibes schien mir immer darin zu liegen, von Söhnen, reinen, idealischen Empfindungen erfüllt, den Streit der äußeren Wirklichkeit damit nicht aufzuheben, aber doch mehr zu ebenen. Die Möglichkeit davon abzuhenden ist, einen, aber großen, erhabenen, alles was Menschen Wert gibt, umfassenden Jued vor Augen; höchste Mannigfaltigkeit in der Ausbildung, Sinn für Gabe und Genuß jeglichen Grades und jeglicher Art, und dann Kraft genug, die höchste Mannigfaltigkeit auf höchste zu vereinfachen, das Viele immer auf das Eine zu beziehen, in jedem einzelnen immer Seiten zu finden, wo es mit allem zusammenstimmt. — das war mein Ideal, das fand ich nur in minderen Graden, in allen, die ich bewunderte, liebte, in mir nie.

Diese belebende Kraft, diese alles durchströmende Wärme gab mir Deine Liebe, Lina. Von dem Gefühl zu Dir horcht nun jede andere Empfindung Leben und Farbe. So leb' ich, wie ich, genieß' ich ewig allein nur durch Dich!

(Brief an die Braut vom 29. Jan. 1790.)

... Jetzt gerade ein paar Urteile gegen eine Kindesmörderin und gegen einen Brandstifter. Alle solche Menschen scheinen mir jetzt so wenig schuldig. Wenn ich bedenke, wie oft die Ideen sich so sonderbar umeinanderreiben, wie heterogene (widersprechende) Ansichten sie gewähren und wie leicht bei manchen unternehmenden Faktoren der bloße Gedanke Tat wird, so schwindet es mir oft im Kopf ob man bestrafen oder belohnen soll. Und dann ein Blick auf das angerichtete Uebel, auf die übrigen Menschen, auf die ganzen äußeren Vagen, in die nun so ein Zeugang, so eine Ansicht nicht paßt. Dazwischen so ein ewiger Streit, und den mit Schwert und Kerker zu schlichten. Sonderbar genug! Wären die meisten Verbrecher Menschen von großem Gehalt, so würd es mir nicht leid thun, auch streng zu sein. Der Leidende dächte dann: ich habe die Freude gehabt, nach meinen individuellen Gefühlen, in unabhängiger Freiheit zu handeln, es ist billig, daß ich bulde, was daraus natürlich entspringt. Aber so sind die Besseren unter den Verbrechern meist Menschen, die nicht anders handeln konnten, und daß sie nicht konnten, ist teils so menschlich, teils so gut. Da zerkniet man denn mit der Strafe jedes höhere, schönere Gefühl und zwingt die Menschen zu Kälte und Fühllosigkeit. Sonst sah ich das anders an, ich wäre aus Grundlag streng gewesen. Die Menschen müssen leiden, um stark zu werden, dacht ich. Jetzt denk ich, sie müssen Freude haben, um gut zu werden.

(Brief an die Braut vom 22. Sept. 1790.)

Ueberhaupt zeigt man in der Geschichte zu wenig den Menschen. Das, was eigentlich überall Jued ist, die Art des Seins des einzelnen Menschen, wird so oft und auch in der Geschichte als Mittel zu Jueden angesehen, die nicht selten nicht mehr als Worte sind. Es scheint so simpel, eben dies innere Sein des Menschen überall zum letzten Gesichtspunkt zu nehmen, und doch ist es beinahe undegreiflich, wie fast alle Betrachtungen aller Wissenschaften eine verschiedene Gestalt erhalten, wenn man diesen Gesichtspunkt streng ins Auge faßt. Vorzüglich kommt es wohl daher, weil man in einem Studium, und gerade im wichtigsten, noch ganz zurück ist. Dies ist eben das Studium des Menschen in sich, wie er ist und wie er sein soll. Auch hier nimmt man immer fremde äußere Gesichtspunkte, und daher entstehen dann all die Säge, die ein richtiges, nicht mißgeleitetes Gefühl für irrig erklärt.

(Brief an die Braut vom 11. Februar 1791.)

Der wahre Zweck des Menschen, nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welchen die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt, ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung. Allein außer der Freiheit erfordert die Entwicklung der menschlichen Kräfte noch etwas anderes, obgleich mit der Freiheit eng Verbundenes — Mannigfaltigkeit der

Situationen. Auch der freieste und unabhängigste Mensch, in einformige Vagen verkehrt, bildet sich minder aus. (Ideen, zu einem Verluße, die Grenzen der Wirklichkeit des Staats zu bestimmen. 1793 verfaßt.)

Wie man die Wohnungen vor Hitze schützt.

Das Wetter macht es der Menschheit niemals recht, und wie man noch vor kurzem über den strengen Winter klagte und die warme Jahreszeit herbeisehnte, so ist man jetzt bereits mit der Hitze unzufrieden, und so beginnen wieder einmal die Erörterungen, mit welchen Mitteln die Wohnungen am besten vor Hitze beschützt werden zu können. Die wesentlichsten Punkte dieser Frage hat seinerzeit der Berliner Hygiene-Professor C. Flügge besprochen, und seine Ausführungen haben auch heute unbeeinträchtigt Geltung.

Vor allem ist zu erwägen, daß die Wohnungstemperatur häufig stark von der Außentemperatur abweicht, was durch die Bestrahlung der Mauern durch die Sonne und durch die in die Mauern übergeführte Wärme hervorgerufen wird. Vor dem Strahleneinfall durch die Fenster vermag man sich ja leicht durch Vorhänge zu schützen, hinsichtlich der massiven Teile der Wände ist dies jedoch erheblich schwieriger. Bei den Mauern ist die Höhe der Erhitzung zum großen Teile von der Himmelsrichtung abhängig. Südwände werden weniger, West- und Ostwände am stärksten erhitzt. Während dünne Fachwerkwände sich stärker erhitzen, verlieren sie auch die Wärme leichter, bei den Steinmauern ist das Umgekehrte der Fall, und Westwände pflegen ihre größte Hitze erst um 3 Uhr morgens zu erreichen, wodurch die Nachtruhe am meisten beeinträchtigt wird. Die Wohnungen erhalten also im Sommer durch die Mauern gewissermaßen eine Eigentemperatur, welche die Außentemperatur oft bedeutend übersteigt. Die Kühlung ist ein einfaches, kostenloses, aber dafür auch nicht allzu erfolgreiches Mittel, da in Hitzeperioden die Außenluft doch keine Kühlung zu bringen vermag. Es gibt viele künstliche Mittel zur Kühlung der Wohnungen, so die Ventilatoren mit elektrischem Betrieb, die Kühlöfen und die hauptsächlich in Amerika eingeführten Kältezentralen. Sie alle aber haben den Fehler, daß ihrer Volkstümlichkeit die zu große Kostspieligkeit entgegensteht.

Das einzige durchgreifende und dauerhafte Mittel ist in entsprechenden Veränderungen beim Bau der Häuser zu erblicken. Die wesentlichsten sind: Ertrag der Küchenherde durch Gasöfen, falls dies nicht möglich ist: Isolierung der Küchensamine durch einen „Rantelraum“, in welchem Luft zirkuliert, Vermeidung von Wohnungen gleich unter dem Dach, schließlich vielfache Anbringung von „Vormauern“, die aus Holz, Matten oder Rohrgestalt hergestellt sein sollen, oder auch aus rankenden Gewächsen bestehen können, wodurch das Eindringen der Hitze am besten abgewehrt wird. Die ideale Wohnungsreform vom Standpunkt der Hitzeabwehr besteht in der Anlage von Kolonien mit nur ein- oder zweistöckigen kleinen Häusern. Diese Bauform wird als das einzige Radikalmittel empfohlen und würde zweifellos auch die Säuglingssterblichkeit in besonders heißen Sommern erheblich vermindern können.

Mafnahmen gegen die Junggesellen.

Der neue Zug an der in Preußen geplanten Ledigensteuer ist der, daß der Gesetzgeber diesmal die Ledigen beiderlei Geschlechtes der Steuerpflicht unterwerfen will. Bisher war das Gesetz galanter: es hielt sich an die Junggesellen, die sich um die Ernährung einer Familie brühten und schonte die Mädchen, deren Reize die hartberzigsten Männer verschmähten. Es sah in den Jagestolgen die Schuldigen, in den ledigen Mädchen die Opfer. In dieser Gestalt aber ist die Ledigensteuer, man kann wohl sagen, uralte; jedenfalls geht sie bis ins klassische Altertum zurück.

Der junggesellenfeindliche aller griechischen Staaten war sicherlich Sparta. Dort wurde der Jagestolg mit einer Steuer belegt, die dieselbe noch härter wirkte, als Geldzahlung, nämlich mit bürgerlicher Entschuldung oder, wie die Griechen diese Einrichtung nannten, mit „Ximi“. Die alten Jagestolge durften auch nicht an den festlichen Spielen teilnehmen, sie genossen nicht die Ehren und Achtungsbezeugungen, die in Sparta sonst das schöne Recht des Alters waren, ja sie hatten sich sogar gesellschaftsweise gewissen Mißhandlungen zu unterwerfen. So durften die Frauen an einem bestimmten Feste die Junggesellen um den Altar herum-schleifen und sie mit Nutenhieben bedecken, und die Beförde konnte die Weiblosen im Winter zwingen, nackt um den Markt zu ziehen und ein Spottlied auf sich selber zu singen. So weit zu gehen konnte man sich im milderen gefitteten Athen doch nicht entschließen; der weise Solon selber blieb sogar Junggeselle und als ein Freund des Gesetzgebers ihn zur Freigabe des ledigen Standes veranlassen

wollte, erwiderte er philosophisch: „Mein Freund, das Weib ist das lästigste Fruchtgut.“ Immerhin waren auch in Athen die Jagestolge staatsbürgerlich benachteiligt; und auch Plato trat für eine Besteuerung oder Bestrafung der Junggesellen ein und forderte, daß jeder Unverheiratete, der 35 Jahre alt geworden war, die Unterhaltskosten für eine Frau in die Staatskasse zahlen sollte. Ist er übrigens dabei doch selber Junggeselle geblieben, der große Philosoph.

Derselben Ansicht waren die Junggesellen im kaiserlichen Rom, als Augustus seine berühmte lex Papia Poppaea erließ. Sie kamen nämlich zu dem Ergebnis, daß selbst eine sehr hohe Junggesellensteuer ihren Geldbeutel noch immer weniger belastet, als der Unterhalt einer eleganten Frau. Und dies Befenntnis wollte damals etwas besagen, denn Augustus ging den Jagestolgen in den erwähnten Gesetzen so arg zu Leibe, daß bei seiner Einbringung im Senat eine Revolution ausbrechen zu wollen schien. Aus den wahrhaft drakonischen Bestimmungen des Gesetzes sei nur erwähnt, daß ein Mann, der das Alter von 25 Jahren erreicht und sich noch nicht verheiratet hat, überhaupt die Erbvererbung, ausgenommen bei seinen alternativen Verwandten, verlor. Es mußten denn auch einige Widerungen bewilligt werden, ehe das Gesetz in Kraft treten konnte, aber gewirkt hat es bekanntlich auch nicht. Es ist doch aber, wie vom Kaiser Augustus, so wohl überall und zu allen Zeiten die Verehelichung als eine Art staatsbürgerlicher Pflicht angesehen worden; auch dem deutschen Volke galt der Jagestolg als ein unvollkommenes Geschöpf, und hohe bürgerliche Ehrenstellungen, wie etwa das Amt eines Bürgermeisters, sind jedenfalls in älteren Zeiten wohl nur in den allerbesten Ausnahmefällen Unverheirateten anvertraut worden.

Vom Ausbau der Bagdadbahn.

Die Besetzung von Bagdad durch die Engländer hat natürlich auf die innere und die wirtschaftliche Begründung der Bagdadbahn-gesellschaft keinerlei Einfluß. Das spiegelt sich am besten in dem jetzt bekanntgegebenen Abkommen wider, das der türkische Senat mit der Bagdadbahn-gesellschaft über den Bau der Taurus- und Amanusstrecke getroffen hat. Danach soll der Ausbau dieser Zweigstrecke, für die die Regierung eine Kredithilfe von 1 Million türkische Pfund gewährleistet, unterzüglich in Angriff genommen werden. Durch die Bagdadbahn werden wichtige Gebiete Kleinasiens mit sehr wertvollen Bodenschätzen dem allgemeinen Verkehr erschlossen. Man wird sich hierbei daran erinnern, daß derartige Wohnbauten einen bleibenden Wert besitzen, selbst wenn sie für gewisse Zeiten, wie z. B. jetzt während des Krieges, kaum als verbodenes Kapital in Erscheinung treten dürften. Die Eisenstrecke der Hauptlinie, die schon seit etwa 5 Jahren gebaut wird, steht mittweils zwischen Erzurum und Tigris in der gerade jetzt für Mitteleuropa so wichtigen Baumwollzone von Adana. Reichlich 1000 Kilometer der Bagdadbahn befinden sich schon in gangbarem Betriebe. Die schwierigsten Bauaufgaben, Durchquerung der hohen Gebirge des Taurus und des Amanus, sind teils ganz, teils ausreichend überwunden. Noch übrig sind verhältnismäßig leicht zu bewandende Flachstrecken, und es ist ein gutes Zeichen für den weiten wirtschaftlichen Aufschwung der jungen Türkei, daß sie sich entschließt, deren Bau selbst zu einer Zeit geldliche Mittel zur Verfügung zu stellen, in der die Finanzwirtschaft des Reiches anderweitig große und drängende Aufgaben gestellt werden. Als rein militärische, d. h. strategische Bahn, ist die Bagdadbahn weniger anzusehen, wenngleich sie naturgemäß durch den Transport von Rohstoffen und Lebensmitteln aus der fruchtbaren Tigrisebene zur Versorgung der türkischen Armee schon jetzt entscheidend mit beigetragen hat.

Notizen.

— Kunstchronik. Bei Paul Cassirer wird Sonnabend nachmittags eine umfassende Ausstellung von Zeichnungen des verstorbenen Malers Rudolf Wille eröffnet.

— 100 Jahre Universität. Eine Gedenkfester zur Erinnerung an die vor hundert Jahren erfolgte Vereinigung der Universität Wittenberg mit der Universität Halle wurde Donnerstag in der Aula der Universität Halle veranstaltet.

— Eine Auslese aus W. von Humboldt erschien als Band der „Erzieher zu deutscher Bildung“. Er nennt sich mit gutem Recht „Univerfaliät“. (Verlag von C. Diederichs in Jena.)

— Wieviel Gold und Silber hat die Erde hergegeben? Seit der Entdeckung Amerikas beläuft sich die gesamte Silber- und Goldausbeute der Erde auf etwa 180 Milliarden Mark. Sämtliches bisher gewonnenes Edelmetall würde somit nicht ausreichen, um die bis jetzt vom Weltkrieg verursachten Kosten auch nur annähernd zu decken.

Der starke Mann.

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg.

„Geehrte Anwesende!“ sagte er mit einigem Widerstreben, ohne jemand anzusehen, wie einer, der zum erstenmal im Leben notgedrungen das Wort ergreift. Die tiefgefurchte Stirn verriet einen schweren Unwillen. Erst nach einer beträchtlichen Pause fand er den Faden seiner Ansprache. „Ob der heutige Abend einen gemüthlichen oder ungemüthlichen Verlauf nimmt, hängt, wie es scheint, nicht bloß von uns ab. Die allein echten Vaterlandsfreunde, nämlich die Helden der Straße, die nirgends so leicht und reichhaltig mobilisiert werden wie bei uns, haben es sich in den Kopf gesetzt, auf ihre Weise mitzuwirken. Sie wollen uns nämlich mit echt eidgenössischer Rustik aufwarten. Aber lassen Sie sich nicht ins Bodshorn jagen. Ich denke, die da unten werden eher kalte Füße als wir das Schlotteln vor ihnen bekommen.“ Ein spöttischer Geist tauchte auf unter den buschigen Brauen und schwand wieder wie ein ungeladener Gast. „Wir feiern heute das fünfzigste Stiftungsfest der Offiziersgesellschaft. Wie in allen Städten unseres Landes, so haben sich auch hier die Offiziere zusammengefunden, von der guten Ansicht geleitet, die Lehren und Erfahrungen einer kurzen Dienstzeit in gegenseitigem Gedankenaustausch durch Vorträge und Exkursionen freiwillig zu ergänzen. Wir waren der Ueberzeugung, durch solche Nachhilfe Kenntnisse erlangen zu können, die denjenigen der Führer stehender Heere nichts nachgeben und uns in den Stand setzen, für den praktischen Unterricht die kürzesten Wege einzuschlagen. Der Gedanke hat sich bewährt. Wenn die Summe der auf diesem Wege zum Nutzen des Vaterlandes geleisteten Arbeit in Zahlen ausgedrückt dem Unverstand vor Augen geführt werden könnte, so wären wir vermutlich von der merkwürdigen Donation unserer Mitbürger verschont geblieben!“ Hier wurde der Redner von lebhaften Beifallsausdrücken unterbrochen. Besonders fühlten sich die „Vorchristlichen“ geehrt; denn ihnen gehörte der Vorrang dieser Verdienste. Doch der Oberst fuhr fort: „Es ist hingegen bekanntlich keine Sache so gut, daß sie nicht zeitweilig in Gefahr käme, schlecht gemacht zu werden. Die Offiziersvereine rieften den Kastengeist! wieb uns vorgeworfen von Leuten, die nun einmal keine Charge sehen können, ohne dahinter eine Gefahr für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu wittern. Wenn so ein paar Prähler und Schwerenöter diesen Angriffen einen Schimmer von Berechtigung geben, so

machen die jedenfalls den Schimmel nicht scheu. Es gibt in jeder Armee Offiziere, denen der Schein mehr als die Sache gilt. Hingegen ist bei uns dafür gesorgt, daß solche Pflanzungen nicht überhandnehmen. In unserem nüchternen Volkstum finden sie keinen gedeihlichen Boden, so wenig wie die Soldatenschinder, von denen bei uns angeblich auch zwölf auf ein Duzend kommen. Was schützt uns eigentlich vor Ueberhandnahme solcher Elemente? Etwa die sozialistische Teufelswandmalerei? Keine Spur! Sondern einzig und allein der bessere Geist, von dem die Mehrzahl der Offiziere durchdrungen ist. Ein richtiger Offizier wird die Achtung, den Gehorham seiner Untergebenen vorab durch Tüchtigkeit und sichere Kenntnisse, aber nicht durch Betonung seines höheren Standes oder durch schroffe Anwendung der ihm verliehenen Machtmittel erzielen wollen. Wer viel brüllt und rüffel, dem fehlt es immer an der zwingenden Persönlichkeit; so einer verpulvert blindlings das Vertrauen der Leute und die Dienstfreude dazu. Ebenso ist es mit dem Dunkel. Nur ein geistig armer Mensch prahlt mit seinem Rang, und nur ein dummdürrer Mensch läßt sich auf diese Art imponieren. Wir wollen keinen Standeskultus treiben. Eine besondere Offizierslehre wird keiner beanspruchen, der auch im bürgerlichen Leben seinen Mann stellt. Wer sich aber erst als Mann fühlt, wenn er in den Offiziersrock schlüpft, der ist nicht unser Mann; er mag noch so sehr auf die sogenannte ritterliche Ehre pochen und sich erheben blüthen über den gewöhnlichen Bürger. Der verächtliche Kastengeist ist meistens das Produkt der sozialen Minderwertigkeit seiner Inhaber: Mit dem übertriebenen Standesbewußtsein verschleiern sie ihre einseitige Beschaffenheit, ihre Unbildung. Solchen aufgeblasenen Säbelrasslern mit oder ohne Manicure müssen wir selber das Ueberbein amputieren. Es sind, wie gesagt, Fremdkörper in unserm Heer, schlechte Nachahmungen, die dem ernsthaften Soldaten nicht minder widerlich sind als dem Zivilisten. Die Kenner der Geschichte wissen, wie oft ganze Völker für den Vubensstreich eines einzelnen bluten mußten. Darum ist es unsere Pflicht, diese Gattung Durchgänger jederzeit scharf im Auge zu behalten und die Randare beizetten fühlen zu lassen.“

Es konnte nicht fehlen, daß bei diesen Worten mancher Augen scheu, kurtig nach Venggenhager ausschauten. In seinen Studl zurückgelehnt, die Arme auf der Brust verschränkt, ließ er dieses Kreuzfeuer mit höhnischer Grimasse über sich ergehen. Das war nun nicht mehr von Belang. Er stand bereits auf der anderen Seite des Flusses und durfte die Ver-

folger nach Herzenslust auslachen. Der mißliebigen Rede folgte er auch nur wie ein Advokat, der den Gegner auf schreitenden Widersprüchen ertappen möchte. Ohnehin war sie ja zum Fenster hinausgesprochen. Eitel Gefunkler für die sieben stimmfähigen Zeitungsläser und Eckensteher, gerade wacker genug für eine Sängereifanstanz! Daja! Ein Armeeführer, der die besondere Soldatenehre in Adrede stellte! Wo gab es noch so ein Seewunder? Was, ein Offizier sollte nicht mehr Achtung fordern als irgend ein braver kannegelehrender Tischlermeister? Und seit wann wurde von einem Soldatenerzieher höhere Bildung verlangt? Sonst hatten doch stets Wagemut, Unabhängigkeit, Gewandtheit und Willenskraft als die höchsten Offizierstugenden gegolten! Jetzt brauchte man scheinbar Vorgesetzte, die ihre Zeit damit verbrachten, Abhandlungen zu schreiben, aufs Katheder zu klettern? Ob von den hundert anwesenden Männern einer den Mut fand, diesem Beschwichtigungsrat und Gefinnungsprogen einige kernhafte Soldatensprüche entgegenzuhalten? Venggenhager sah den Entschluß, auf jeden Fall ein paar aufklärende, das eigene Tun rechtfertigende Worte anzubringen und die Leisetreter durch ein Hoch auf die gastierende Kapelle aufzupeitschen. Indessen steuerte der Alte das sturmbelegte Schifflein seiner Rede schwerfällig in den beliebten Hasen. „Einfachheit tut not, meine Herren! Und weil gute Beispiele mehr ausrichten als Worte, so möchte ich nicht verfehlen, am heutigen Abend auf die Verdienste eines Mannes hinzuweisen, der als Instruktor des Treustädter Waffenplatzes wohl die Hälfte unter Ihnen durch seine Schule gehen sah.“ Aller Augen richteten sich auf Oberst Eugenobler, der bei diesen Worten aus einer ahnungslosen Aufmerksamkeit in gelinde Bestürzung geriet und plötzlich den Kragen der Uniform als störend zu empfinden schien. „Unser allberehrtter Platzkommandant ist, wie Sie wissen, keiner von denen, die es bedauern, daß wir es hierlandes nicht zur Erziehung bringen können. Wie es sein saures Amt erfordert, immer wieder von vorn anzufangen, dem Heer von Jahr zu Jahr eine neue, stets besser geschulte Schar Soldaten zuzuführen, so will er für sich nur das Verdienst eines Lehrers in Anspruch nehmen. Dafür versteht es aber keiner so gut wie er“ — wieder tauchte der spöttische Geist auf — „seine Jüglinge in der kurzen Zeit der Rekrutenschule zu erlösen von den Erbübeln des „freien Eidgenossen“, als da sind: unbegründetes Hochgefühl, Steifheit des Radens und mangelndes Verständnis für die Bedeutung der Kommandostimme!“

(Fortf. folgt.)

